

## Das deutsch / brasilianische Bombengeschäft

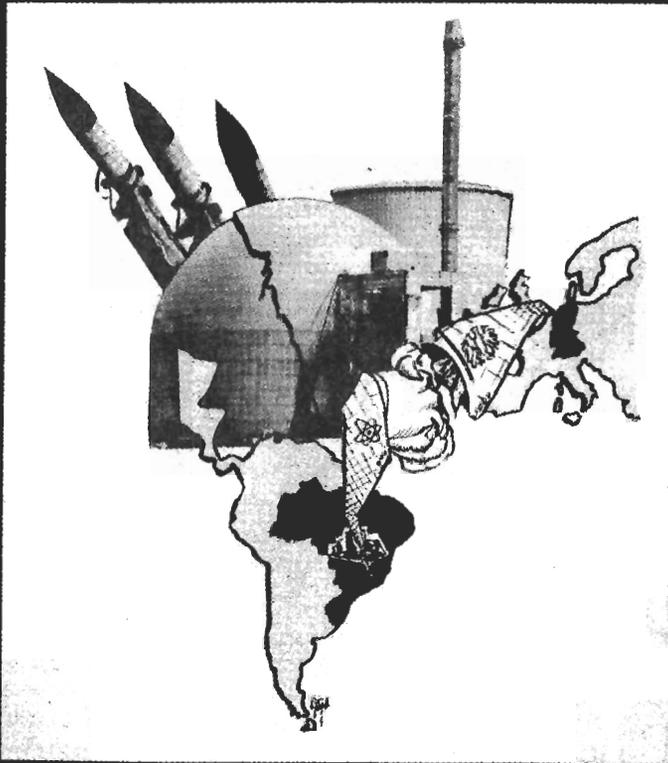
SONDERNUMMER DER

## LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Berlin (West)

1980

Solidaritätspreis DM 7,—



Diese Sondernummer enthält Analysen, Dokumente und Berichte zum deutsch-brasilianischen Atomgeschäft unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen für Brasilien.

Umfang 159 Seiten; Preis 7,— DM

Zu beziehen bei: LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

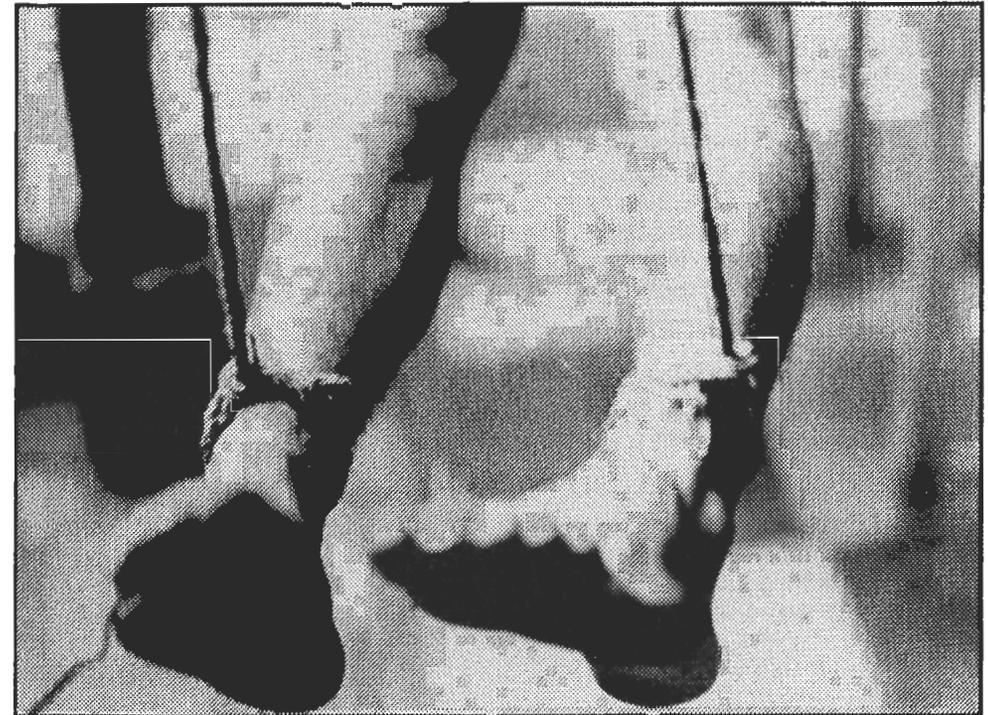
# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 79

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1980

Solidaritätspreis DM 3,—



## KOLUMBIEN, MEXICO: FOLTER IN DEN DEMOKRATUREN

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**PERU:** Situation des Agrarsektors — **MEXICO:** Weiße Brigaden und politische Gefangene — **BERICHTE ZU CHILE, BRASILIEN, ECUADOR, KOLUMBIEN, GUATEMALA**

# ZU DIESEM HEFT

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>ZU DIESEM HEFT</b> .....	3
<b>I. BERICHTE</b> .....	5
— Chile: Das lange Aufatmen der Bourgeoisie .....	5
— Brasilien: Manifest des PT .....	11
— Ecuador: Soziale Gerechtigkeit — weit entfernt .....	15
— Kolumbien: Alles beim Alten .....	18
— Guatemala: Das Massaker in der spanischen Botschaft .....	25
Guatemala — Spanien .....	28
»Objektivität« in der westdeutschen Presse .....	29
<b>II. KURZMELDUNGEN</b> .....	30
<b>III. HINTERGRUND</b> .....	31
— Peru: Zur aktuellen Situation des Agrarsektors .....	31
— Mexiko: Die weißen Brigaden: der offizielle Terror .....	36
<b>IV. SOLIDARITÄT/MITTEILUNGEN</b> .....	49
— Spendenaufruf »Exilhilfe Lateinamerika« .....	49
— Guatemala .....	50
— Peru-Solidarität .....	51
— Argentinien-BRD .....	52

Seit dem Sieg der Sadinisten in Nicaragua verfolgen die meisten Analytiker der internationalen Presse die Ereignisse in Mittelamerika fast nur noch unter dem Gesichtspunkt, wie die Existenz US-freundlicher Regierungen in El Salvador und Guatemala strategisch gesichert werden kann. Die brutale politische Unterdrückung der Volksmassen in diesen Ländern gerät kaum ins Blickfeld. Botschaftsbesetzungen dort werden automatisch als Terroraktionen geschildert, wo sie doch meistens ein letzter verzweifelter Versuch sind, die Weltöffentlichkeit mit friedlichen Mitteln auf das bestehende organisierte Unrecht aufmerksam zu machen. Unser Bericht über die Besetzung der spanischen Botschaft in Guatemala und dem anschließenden Massenmord an den Besetzern macht diesen Kontrast zwischen dem machtlosen Hilfeschrei der Rechtlosen und der kaltblütigen Unbarmherzigkeit der herrschenden Klasse in Einzelheiten deutlich.

Daß auch in einem allgemein als demokratisch bezeichneten Land wie Mexiko jetzt Botschaften wie die dänische und die belgische aus denselben Gründen besetzt werden, kann nur den verwundern, der über politische Gefangene dort nie etwas gehört hat. Unser Bericht über die Mordgesellen der Weißen Brigade und unsere Interviews mit zwei Vertreterinnen von Komitees zur Unterstützung politischer Gefangener werden jeden schockieren, dem Mexiko vor allem als Touristenparadies ein Begriff ist.

Kolumbien ist - wie Mexiko - längst zur "Demokratie" verkommen. Auch dort sind Folter und Verschwinden lassen von Gefangenen zu einer institutionalisierten Praxis politischer Herrschaft geworden.

Aber wie soll man sich darüber wundern, daß keine Aufregung über die Repression in Demokratien stattfindet, wenn heutzutage schon sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete die Militärdiktatur in Argentinien beschönigen? Und ist es nicht schon fast naiv, Solidarität mit den Unterdrückten zu verlangen, wenn doch die Mächtigen dieser Welt den Anspruch auf Solidarität gepachtet haben und die Schlagzeilen besetzt halten?

*Nieder mit dieser internationalen Solidarität!*

Kein Wort hat seit Beginn der Afghanistan-Krise eine ähnliche Inflation erlebt wie das Wort von der "Solidarität mit den Amerikanern". Politiker und Kommentatoren lassen keine Gelegenheit aus, ihre "Solidarität" zu beteuern und zu beschwören, überschlagen sich geradezu bei dem Versuch, den Nachweis zu führen, daß es bei ihnen bestimmt nicht daran mangle. Ihren Sprüchen im Fernsehen folgen gewöhnlich martialische Bilder von Soldaten, Panzern, Flugzeugen. US-Marineinfanteristen und CIA-Agenten werden wieder zu Helden der Weltpresse; man beklagt ihr schlechtes Image. Und bei der Finanzplanung der Bundesregierung wird ohne jede vorherige Diskussion wie selbstverständlich davon ausgegangen, daß der Rüstungsetat erheblich steigen muß.

### Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 7 der

CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich

(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktionsschluß dieser Nummer: 25. Januar '80

Abo-Preis: DM 35,—

Vorauszahlung auf:

Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«

PSA Berlin West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108

Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neu-abo '80

### Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Savignyplatz 5

1000 Berlin 12

Tel. 030/313 50 65

Redaktion:

Redaktionskollektiv

V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-

legexemplare erbeten.

Logisch hätte man nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan vielleicht einen Ruf nach Solidarität mit den Afghanen erwarten können, die diesen Einmarsch der Roten Armee nicht wollten. Aber davon ist keine Rede mehr: Das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes, für das sich auch zu Zeiten des autoritären Königreiches niemand interessiert hat, ist heute zu einer Floskel verkommen, die scheinbar wichtigere Dinge rechtfertigen soll: den Wahlkampf Jimmy Carters und die geopolitische Absicherung der Ölquellen am Persischen Golf.

Es wird nicht einmal untersucht, was die - nicht zu rechtfertigenden - Motive des sowjetischen Einmarschs in Afghanistan waren, daß nämlich die putschistischen Linksregierungen von Taraki und Amin wegen ihrer Labilität für die Sowjetunion viel bedrohlicher waren als das frühere Königreich, mit dem die Moskauer Regierung - ebenfalls aus geopolitischen Gründen - so gute Beziehungen unterhielt. Nein, um die Wiederwahl Jimmy Carters zu sichern und militärische Aktionen der USA im Nahen und Mittleren Osten rechtfertigen zu können, braucht man das Bild von den zähnefletschenden Sowjets, die kein anderes Ziel haben als sich möglichst noch heute der Ölquellen zu bemächtigen, ohne die unsere Auto-Kultur angeblich nicht mehr leben kann.

Schon anlässlich der Wahl Jimmy Carters sind wir in einem Interview mit John Gerassi gewarnt worden: "Die Kriegspartei ist am Ende immer unausweichlich die Demokratische Partei gewesen, insofern nämlich als die Demokraten eine Sache, zu der sie sich erst einmal entschlossen haben, dann auch ganz machen. .... Die Republikaner haben schließlich viel weniger Angst als die Demokraten, wegen Weichheit gegenüber dem Kommunismus angegriffen zu werden." Die Menschenrechtskampagne Jimmy Carters vernebelte jahrelang den Blick für diese einfache Tatsache. Heute ist davon keine Rede mehr. Das Unrechtsregime in Pakistan wird mit allen Mitteln hochgepöppelt. Und die Europäer sollen froh darüber sein, wie es 1963 die Berliner waren, als John F. Kennedy Berlin und Saigon in einem Atemzug nannte.

Man kann geradezu noch froh darüber sein, daß der Kriegsschauplatz bisher in die Olympischen Komitees verlagert worden ist und daß ein Theo Sommer - immerhin ein Mitglied der Trilateralen Kommission - in der ZEIT vor übertriebener Nibelungentreue in einem Anflug von Vernunft warnt. Schlimmer ist, daß über künftige Invasionen der USA in amerikanischen Ländern heute schon wieder so gesprochen werden kann, als wäre nichts dabei.

So schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 16. Februar 1980: "Nachdem der Versuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs für lateinamerikanische Angelegenheiten, Boulder, die Geschehnisse El Salvadors durch eine liberale Militär-Zivil-Junta in ruhigeren Bahnen zu lenken, als gescheitert gelten darf, bleibt auch für die USA nur eine militärische Lösung. Noch ist unklar, in welcher Form und in welchem Maß sich Washington direkt engagieren wird."

Der Erzbischof von San Salvador, Oscar Romero, hat am 18. Februar den US-Präsidenten dringend vor jeder Einmischung gewarnt, weil diese nur zu einem großen "Blutbad" führen könne. Romero weiß, wovon er redet. Die Pläne für den Eingriff sind fertig. Das direkte Engagement Washingtons ist offenbar beschlossene Sache.

Der Mißbrauch des Wortes "Solidarität" setzt sich fort im Mißbrauch des Wortes "Amerikaner". Die Einwohner von El Salvador sind genauso Amerikaner wie die Einwohner der USA. Und ihr Recht auf Selbstbestimmung ist ebenso wichtig wie das der Afghanen. In diesem Sinne erhält für uns die Forderung nach Solidarität "mit den Amerikanern" eine neue Bedeutung: Keine Invasion in El Salvador! Hoch die internationale Solidarität mit den Amerikanern von El Salvador!

## CHILE

### Das lange Aufatmen der Bourgeoisie

Zwei aktuelle Ereignisse bewegen zur Zeit die Gemüter in Chile: Die Regierung des Staatspräsidenten Pinochet hat durch personelle Umbesetzung mehrerer leitender Ämter chilenischer Universitäten der Öffentlichkeit unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß an eine Rückkehr zu zivilrechtlicher Universitätsführung vorerst nicht zu denken ist. Dabei hatte selbst der Rektor einer Universität, ehemals von Pinochet persönlich eingesetzt, vorge schlagen, da seine Arbeit erledigt sei, könne man ruhig dazu übergehen, seinen Nachfolger durch Wahlen zu bestimmen. Das zweite wichtige Ereignis, das die öffentliche Diskussion, soweit erlaubt, in Chile prägt, ist der einwöchige Streik von den Arbeitern der Kupfermine "El Teniente". Auf beiden Seiten der Barrikaden hatte dieser Streik eine Test-Funktion: - Für die Arbeiterklasse war dies die erste große Streikerfahrung nach 1973 in dem außenwirtschaftlich bedeutendsten Wirtschaftszweig.

- Die Bourgeoisie hatte die erste ernsthafte Belastungsprobe des im vergangenen Juli verabschiedeten PLAN LABORAL zu erwarten. (Arbeitsgesetzgebung; vgl. LN 74, S. 14) Ihrer Reaktion kann man entnehmen: Hurra! er hat gehalten.

#### Der Streik der Kupferarbeiter

Zur Jahreswende begannen die Lohnverhandlungen zwischen den Arbeitern der Kupferminen von Chuquicamata und El Teniente und der staatlichen Kupfergesellschaft CODELCO. Die Wichtigkeit des Kupfersektors für Chile wird deutlich, vergegenwärtigt man sich, daß die Deviseneinnahmen durch Kupferexporte 50% der Gesamtdeviseneinnahmen ausmachen. Das erklärt auch, warum kein geringerer als der Finanzminister über die Höhe der Lohnerhöhung entscheidet, wenngleich er sich an den direkten Verhandlungen nicht beteiligt. Den Arbeitern von Chuquicamata wurde eine Erhöhung von 10% angeboten, die diese auch annahmen, da sie, im Gegensatz zu den Arbeitern von El Teniente, kein Streikrecht haben. Unter das im "Plan Laboral" festgesetzte Streikverbot fallen die Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes und die Arbeiter der Betriebe, die für die Nationale Sicherheit Chiles von besonderer Bedeutung sind. Mitte Januar bot CODELCO den Arbeitern von Teniente eine Lohnerhöhung von 6% an, die diese nahezu einstimmig ablehnten (95%). Dieser Abstimmung folgte zunächst eine dreitägige Schlichtungspause mit mehreren Zusammen-

künften und Gesprächen zwischen 8 von den 9 Einzelgewerkschaften des Unternehmens, die die 10.000-köpfige Belegschaft vertreten, und der Unternehmensleitung. Verhandlungsführer und Sprecher dieser 8 Gewerkschaften ist der, von Präsident Pinochet persönlich in den Staatsrat berufene, regierungstreue Guillermo Medina. Eine der 8 Gewerkschaften scherte plötzlich aus der Verhandlungsrunde aus und erklärte den sofortigen Streik. Es ist die Gewerkschaft Sewell & Mina, die in den Ausstand tritt. Die Beweggründe dafür sind folgende: die Leitung der Gewerkschaft möchte zunächst die Unterzeichnung des neuen Tarifvertrags hinausschieben und während dieser Zeit die Verbesserung des Lohnangebots erreichen. Nachdem diese Position auch von den anderen sieben Gewerkschaften übernommen werden, bricht Sewell & Mina den Ausstand ab und schließt sich wieder den anderen an. Trotzdem wird Sewell & Mina von der Unternehmensleitung heftig angegriffen und des illegalen Streiks beschuldigt. Eine Untersuchung soll die Verantwortlichkeit dafür klären. Die neunte Gewerkschaft, das "Sindicato Industrial de Caletones" verhandelt von vorn herein getrennt mit dem Unternehmen. Als Begründung dafür gibt der Vorsitzende der Gewerkschaft in einem Interview an, kein Vertrauen zu dem "gelben" Medina zu haben. Nachdem es auch in den Verhandlungen von Caletones nicht richtig voran geht, treten die ca. 3.000 bei Caletones organisierten Arbeiter am 18. Januar um Null Uhr in den Ausstand und werden damit zum Vorreiter für die anderen Kollegen. Dieser Streik wird als legal anerkannt.

Überraschend schnell gibt die Kupferbehörde CODELCO, sprich der chilenische Finanzminister, plötzlich nach und offeriert ein Angebot von neun Prozent Lohnerhöhung, also immer noch ein Prozent weniger als das, was man den Arbeitern von Chuquicamata freiwillig gab. Dies in's Kalkül wohl einberechnend, rufen die Gewerkschaften zur Abstimmung über dieses Angebot auf. Bei der Wahl, die von 30 Funktionären der staatlichen Arbeitsbehörde überwacht wird und nach deren Angaben sehr ruhig und diszipliniert verläuft, sprechen sich immerhin noch zwei Drittel (66,1%) der Belegschaft gegen die Annahme des Angebots und damit für Streik aus, der am folgenden Tag (dem 24.1.) beginnt.

CODELCO signalisiert, daß keine weitere Steigerung drin ist: Die Minen von El Teniente produzieren, so die Begründung der Behörde, 30% der Gesamtmenge Kupfer, werfen aber nur 18% des Gewinns ab. Außerdem sei die Personalkapazität mit 1.400 Arbeitern und Angestellten überfrachtet. Die Lohnkosten seien doppelt so hoch wie die in Chuquicamata (40 % der Gesamtkosten). Soweit also die Rechnung des Kapitals. Daß die niedrige Produktivität nicht auf die "Faulheit" der Arbeiter zurückzuführen ist, sondern auf die schwierigeren Abbaubedingungen in El Teniente (geringere Konzentration des Kupfers, Untertageabbau im Gegensatz zu Chuquicamata, wo noch im Tagebau geschürft werden kann) interessiert nur wenig. Wenn die Gewinne niedriger sind, als sie sein könnten, soll das gefälligst zu Lasten der Arbeiter gehen. Da sind sich die Kapitalisten aller Länder völlig einig!

Der Präsident der Gewerkschaft "Industrial Caletones", Rosendo Valencia, beklagt die Unnachgiebigkeit des Unternehmens, über eine Einbeziehung des Produktionsbonus in die angebotene 9%ige Lohnerhöhung zu reden.

"Wir glauben, daß der Arbeiter sein tägliches Überleben nicht von einem Bonus abhängig machen darf". (...) "Das Angebot des Unternehmens über eine 9 prozentige Anhebung der Löhne und Gehälter bedeutet für uns, ein Teil dessen zu verlieren, was wir noch im vergangenen Dezember verdient haben. "

Nach einer Woche Streik, am 30.1., bitten die Gewerkschaften, einschließlich der Gewerkschaft "Caletones" um Wiederaufnahme der Verhandlungen. Die Leitung von CODELCO erklärt sich unter der Bedingung einverstanden, daß die Versammlung der Belegschaft vorab ihre Zustimmung mit den Bedingungen erklärt, die bei den erneuten Gesprächen zwischen den beiden Parteien ausgehandelt werden. D.h., verhandelt wird nur, wenn die Arbeiter vorher einen Blankoscheck ausstellen. Dazu erklärt sich die Versammlung der Arbeiter bereit.

Dieses Zugeständnis der Arbeiter mag bei uns auf Unverständnis stoßen, doch sollte man sich vor Augen halten, daß die chilenischen Gewerkschaften über keinerlei Streikkassen oder andere finanziellen Mittel verfügen, die den Arbeitern längere Streiks ermöglichen. So ist jeder Streiktag mit noch viel größeren Entbehrungen verbunden, die der Alltag ohnehin schon mitschlingt. Dieses Problem limitiert jeden Streik nach vorn. Nach hinten werden Streiks durch die arbeiterfeindliche Gesetzgebung der Regierung begrenzt: so ist im Plan Laboral verankert, daß jeder Streik nach maximal 60 Tagen als beendet angesehen wird, andernfalls erhält der Unternehmer das Recht, die Streikenden sofort zu kündigen und eine komplette neue Belegschaft einzustellen. Bei der allgemeinen Arbeitsmarktlage in Chile ist das alles andere als schwierig.

Am 31.1. werden die Verhandlungen wieder aufgenommen, wobei folgendes Ergebnis erzielt wird: Es bleibt bei den angebotenen neun Prozent Lohnerhöhung. Ab 1. Januar wird der Inflationsausgleich für Herbst und Winter bezahlt, am 1. Februar der Inflationsausgleich für Januar. Der Produktionsbonus bleibt erhalten und der Urlaubsbonus wird neu berechnet. Als Datum für den Beginn des neuen Tarifvertrages wird der 1. Januar festgesetzt, somit können die neuen Verhandlungen bei der 15monatigen Laufzeit des Vertrags einen Monat früher einsetzen. Die Arbeiter erhalten außerdem eine einmalige Ausgleichszahlung von 7000 Pesos, das entspricht etwa 360 DM. Die Bilanz des Unternehmens: 4 Mio. US Dollar Verlust durch den Streik, aber zugleich eine fast ungekannte Hausse an den internationalen Kupferbörsen.

Diesen Ausgang des Streiks kommentiert sogar der regierungstreue Gewerkschaftsvorsitzende Medina eher unzufrieden: "Der Konflikt ist nicht so beendet, wie es die Arbeiter und die Gewerkschafter gewollt oder gewünscht hätten. Es war nicht das Ideale, aber es war ein Ausweg aus einem weiteren Konflikt."

Die Beendigung des Streiks in der dargestellten Form muß wohl insgesamt eher als Niederlage denn als Erfolg der chilenischen Arbeiterklasse gewertet werden. Als der Konflikt in El Teniente sich abzuzeichnen begann, war die chilenische Bourgeoisie sehr besorgt über das, was vielleicht hätte entstehen können. Derselbe große Streik in einer strategisch so wichtigen Branche wie dem Kupfersektor und die vergleichsweise geringe Erfahrung in der praktischen Handhabung des Plan Laboral, der seine erste große Feuerprobe zu bestehen hatte, vermochte es, das scheinbar

unerschütterliche Selbstbewußtsein der Herrschenden in Unsicherheit zu bringen. Was wäre gewesen wenn? Wenn beispielsweise der Streik in Teniente und die tausenden in- und ausländischen Solidaritätsadressen auch auf andere Sektoren der chilenischen Wirtschaft mobilisierend übergegriffen hätten?  
Das auszumalen traut sich noch nicht einmal der von den Vorzügen der Freien Marktwirtschaft so überzeugte "Mercurio", Chiles wichtigste Tageszeitung.

Um so lauter kann man jetzt auch das Aufatmen vernehmen, das durch die Reihen der Regierung und Unternehmer geht.  
'Prima, es hat geklappt. Alles lief ruhig und diszipliniert. Keine Zwischenfälle, keine politische Agitation; jetzt haben sie endlich Anstand gelernt.' So muß man dieses Aufatmen interpretieren, und zugleich ist es eine Ovation an die Regierung Pinochet, die diesen "Arbeitsplan" ausgeklügelt hat.

#### ERGEBNISSE DER ERSTEN STREIKS (nach HOY Nr.134)

Unternehmen	Gewerkschaft	Zahl Arbeiter	Forderung	Angebot	Dauer	Ergebnis
<b>PRIMERA ETAPA</b> (Empresas con letra A y P)						
Laboratorios Pfizer	Empleados	50	18,6	9,6	31	9,6
Imprenta Andalién (Concepción)	Obreros	21	20,6	0	25	7,8
Hospital Alemán (Valparaíso)	Unico	108	16,6	9,6	18	de 9 a 13,6
CAP Huachipato	Unico	4.700	36	3,6	10	3,6
<b>SEGUNDA ETAPA</b> (Empresas con letras S, V y G)						
Sastrax		47	4,2	2	15	2
Salomé	Unico	78	6,2	1	25	6,2
Graca y Cia (Valparaíso)	Unico	130	de 16 a 26	de 5 a 23	15	5 a 23
Mina Veta de Agua (La Calera)	Obreros	111	30	26	11	29
Confites Serrano	Obreros	102			6	6
Minera Sagasca (Iquique)	Obreros y Empleados	311	16	12	17	14
Goodyear	Obreros	600	19	6,4	17	13,2
<b>TERCERA ETAPA</b> (Empresas con letras N, X y C)						
Coreasa*	Obreros	210	53	0,0	59	0,0
Enlozados Cóndor	Obreros	173	60	2,0	59	2,0
Hilos Cadena	Empleados	200	16	-	17	10
Cormecánica	Empleados y obreros	550	30	7	-	4
Copebene (Concepción)		56	50	-	22	16
Pesquera Coloso	Empleados	57	20	7	5	11

Zur Erläuterung: Spalte 2: Es gibt Arbeiter-(obrerros), Angestellten (empleados) und für beide gemeinsame Gewerkschaften(unico).

Das Unternehmen Coreasa sperrt die Streikenden aus; da sie nach 60 Streiktagen ihre Arbeitsverträge verlieren, wird der Streik abgebrochen: ohne Lohnsteigerung.

Wie die Tabelle zeigt, hat in einem Drittel der Arbeitskämpfe der Streik keinen Pfennig reale Lohnerhöhung gebracht; im Fall Cormecánica liegt das Abschlußergebnis sogar noch unter dem ersten Angebot der Unternehmer - wie es dazu kam, wissen wir nicht.

Die Prozentzahlen drücken realen Lohnzuwachs aus, liegen über dem Inflationsausgleich.

## Neue Säuberungswelle an den Unis

Abermals geht eine Säuberungswelle über Chiles Universitäten, von von denen nach den bisher vorliegenden Berichten Dozenten und Hilfskräfte betroffen sind. Wieweit Studenten davon erfaßt werden, dürfte sich zeigen, wenn die Unis ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Daß die Säuberung erst in den Semesterferien begann, hat zweifellos taktische Gründe: organisierter Protest soll verhindert werden. Und was "zwingt" die Diktatur zu diesen Maßnahmen? Auffällig ist zunächst, daß in den letzten Monaten keinerlei spektakuläre Ereignisse bekannt wurden, die diese Maßnahme auf den ersten Blick erklären. Die Teilnahme von Studenten an der Mai-Demonstration, ihre Verhaftung und anschließende Disziplinierungsmaßnahmen, Proteste gegen diese Disziplinierungen - das liegt Monate zurück. Ebenso die Wahlen zur Studentenvertretung im April 79 an der "Universidad de Chile", bei der sich die regierungstreue Fraktion trotz aller "Absicherungen" seitens der Diktatur eine offenkundige Niederlage einholte (Vgl. zu beiden Punkten LN 71, S.37). Die Erklärung scheint darin zu liegen, daß es sich um eine präventive Maßnahme handelt, den Prozeß der politischen Öffnung zu stoppen, der sich de facto im letzten Jahr entwickelt hat.

Wenn es auch auf höchster Ebene und offiziell heißt, wirtschaftliche Gründe zwingen zur "Rationalisierung", so wird im Einzelfall durchaus kein Fehl daraus gemacht, daß die Entlassung politische Gründe hat - zumal dann nicht, wenn einerseits an einer Universität 41 Dozenten entlassen und gleichzeitig 36 neue eingestellt werden. Der daraus resultierende Effekt politischer Selbstdisziplinierung ist zweifellos mit einkalkuliert. Prominentestes Opfer ist bisher der Rechtsprofessor Sanhueza von der Universität Concepción, der gleichzeitig die "24-Kommission" leitete.

Parallel zu einer von der Diktatur eingesetzten Kommission, die hinter verschlossenen Türen einen Verfassungsentwurf ausarbeitete, hatte sich aus Christ- und Sozialdemokraten die Gruppe der 24 gebildet, um ein Alternativ-Modell einer bürgerlich-demokratischen Verfassung zu erarbeiten. Weniger freilich in der Hoffnung, dieses Modell könnte von der Diktatur als Alternative bei einem Plebiszit akzeptiert werden, als mit der Absicht, einen Ausgangspunkt für politische Diskussionen zu bieten und öffentlich zu machen.

Neben der jetzt laufenden Säuberungswelle funktioniert als weitere Kontrolle über die Universitäten das System der Militär-Rektoren. Und Pinochet denkt überhaupt nicht daran, auf diese Militärs zu verzichten. Seit der Wiedereröffnung der Unis nach dem Putsch, seit sechseinhalb Jahren also, haben sowohl die staatlichen als auch privaten chilenischen Universitäten einen von der Diktatur eingesetzten Rektor. Der auch in regierungsnahen Zeitungen wie dem "Mercurio" geführten Diskussion, ob diese Militärs ihre "Ordnungsaufgaben" nicht mittlerweile erfüllt hätten, setzte Pinochet die Tatsache entgegen, zwei bislang amtierende Rektoren durch neue Leute seines Vertrauens abzulösen. Also - kein Ende der Intervention.

Ebenso gilt, daß die obersten Sprecher der Studentenschaft weiterhin ernannt werden. Angesichts des "mißlungenen" Wahlexperimentes mit Studentensprechern auf niederer Ebene blieb der Diktatur keine Alternative. Und selbstverständlich hat, als entscheidendes Repressionsorgan, die Universitäten im Auge.

Trotz alledem hat es im Jahr 79 einen relativ breiten Politisierungsprozeß an chilenischen Universitäten gegeben. Die Anlässe waren vielfältig: Seien es Solidaritätsdemonstrationen, als der Befreiungskampf in Nicaragua in seine entscheidende Phase trat, seien es kulturelle und folkloristische Veranstaltungen. Beim Nachblättern in Zeitungen und Zeitschriften der letzten Monate fällt auf, daß die Re-politisierung an den Universitäten ständiges Thema ist, ohne daß es dabei jedoch, von den Protestaktionen nach der Mai-Verhaftungen abgesehen, zu spektakulären Aktionen kommt. Im Gegenteil, es ist kennzeichnend, daß diese politischen Diskussionen in der Regel offenbar unter einer Reizschwelle bleiben und eine direkte Herausforderung der Repression vermeiden.

Spezielles Gewicht kommt dabei dem "Campus Macul" zu, einem Komplex der "Universidad de Chile" mit über zehntausend Studenten, der als "linkes" Zentrum gilt. Dort zeigten auch linke Parteien wie MIR, MAPU, Sozialistische Partei und Christliche Linke wieder "Flagge" (so ein Bericht des "Mercurio" von Ende Oktober), sei es durch Wandinschriften oder Flugblätter- oder eben, versteckter, durch folkloristische Veranstaltungen, denen die offizielle Vertretung FECECH im "besten" Falle einen Diskothek-Abend entgegenzusetzen weiß. Aber neben den "traditionellen" linken Parteien ist dort ein Diskussionsprozeß in der Linken entstanden, der neue Wege sucht. Zu diesem letzten Punkt fehlen uns allerdings noch konkretere Informationen.

Aber auch die regimetreuen ernannten Studentenvorbrüter hatten teilweise Schwierigkeiten mit dem autoritären Regime der Militär-Rektoren. Natürlich haben diese studentischen Sprecher keinerlei Entscheidungsbefugnis, sondern werden im besten Fall von den "Autoritäten" gehört, um die Besorgnisse der Studenten zu artikulieren. Aber nicht einmal das funktioniert immer, ja in einem Fall wiesen sie ein neues Uni-Reglement als Aufforderung zum Spitzel-tum zurück.

Wie besorgt die Diktatur über diese Entwicklung ist, dafür zeugen drei Konferenzen, zu denen Pinochet die Rektoren sämtlicher Unis in den letzten Wochen beordnete. Die Säuberung unter den Dozenten ist eins ihrer Ergebnisse; das andere: Der Komplex Macul wird zerschlagen, die Disziplinen Soziologie, Philosophie und Sozialarbeit werden ausgelagert und räumlich voneinander getrennt untergebracht. So sollen sie leichter kontrollierbar werden.

(Quellen: HOY, Mercurio (Internationale Ausgabe).



**SPENDET  
FÜR DEN  
WIDERSTAND  
IN CHILE**

Rech. Berita-West E. Kohut Nr. 380 087-108

**Kennwort: STREIKFONDS**

## BRASILILIEN

### Manifest des »Partido dos Trabalhadores«

Im Rahmen der Redemokratisierung legte vor kurzem die "Bewegung für den PT" ihr Manifest vor. Das Projekt des PT entstand in den Gewerkschaften der Metallbranche des sog. ABC - Dreiecks Santo André, São Bernardo und São Caetano - die industriellen Hochburgen um São Paulo.

Aus der Erfahrung, daß die Gewerkschaften immer zu Instrumenten der Parteipolitik oder des Staatsapparates degradiert wurden, erwuchs als grundsätzliche Alternative das Projekt eines basisdemokratisch orientierten Gewerkschafts- und Parteaufbaus. Zunächst als Arbeiterpartei mit ausschließlichem Bezug auf die neue Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahre konzipiert, öffnete sich die Parteinitiative unter dem Eindruck der Diskussion um die Neuformierung der politischen Parteien nach der Auflösung der beiden Blöcke ARENA und MDB auch gegenüber anderen oppositionellen Bewegungen (siehe LN 76,78). Nachdem ein erster Kontakt zu anderen Basisbewegungen in São Paulo hergestellt worden war, versucht die "Bewegung für den PT" nun, sich überregional zu organisieren. Es haben sich bereits regionale Initiativen in mehreren Bundesstaaten wie beispielsweise Santa Catharina, Rio de Janeiro, Ceará und Mato Grosso do Sul gebildet. Ausdruck dieses Bezugs auf breite soziale Bewegungen ist das Manifest des PT, das eine Art politische Grundsatzklärung darstellt.

Durch die nationale Ausbreitung und das Manifest versucht die Parteinitiative, nicht zuletzt die restriktiven Bedingungen des neuen Parteiengesetzes zu erfüllen.

Während die anderen Parteien - selbst die mit linkem Anspruch - versuchen, ihre Gründung über das Sammeln der notwendigen 10% der Parlamentarier zu vollziehen, geht der PT den ungleich schwierigeren Weg der Gründung "von unten nach oben". (Zu den Bestimmungen des Parteiengesetzes siehe LN 76)

Ähnliche basisdemokratische Forderungen werden auch von der "Tendencia Popular" innerhalb des PMDB, der sich selber als Nachfolgeorganisation des MDB begreift, vertreten. Eine Durchsetzung basisdemokratischer Konzepte wird sich allerdings nur realisieren lassen, wenn die verschiedenen Initiativen langfristig zusammenarbeiten. Das Manifest des PT kommt dem insofern entgegen, als es nicht den Alleinanspruch auf die Vertretung der Mehrheit der Bevölkerung erhebt.

Im folgenden veröffentlichen wir das Manifest des PT:

### Manifest

Die Partei der Arbeiter entsteht aus der Notwendigkeit, die von Millionen Brasilianern empfunden wird, in das soziale und politische Leben des Landes einzugreifen, um es zu verändern. Die wichtigste Lektion, die das brasilianische Volk in seinen Kämpfen gelernt hat, ist die, daß die Demokratie eine Errungenschaft

schaft darstellt, die letzten Endes nicht leben wird, wenn sie nicht durch seine eigenen Hände geschaffen wird. Die große Mehrheit unserer Bevölkerung in den Städten und auf dem Lande ist immer dazu verurteilt gewesen, Brasilianer zweiter Klasse zu sein. Doch jetzt beginnen die Stimmen des Volkes, sich Gehör zu verschaffen. Die großen Mehrheiten, die den Reichtum der Nation schaffen, wollen für sich selber sprechen. Sie warten nicht länger darauf, daß die Erfüllung ihrer ökonomischen, sozialen und politischen Interessen von den herrschenden Eliten in die Hand genommen wird. Sie organisieren sich selbst, damit ihr soziales und politisches Handeln das Werkzeug zur Schaffung einer Gesellschaft wird, die den Interessen des Volkes entspricht.

### *Aus den sozialen Kämpfen heraus*

Nach langem und hartem demokratischen Widerstand ist die Mobilisierung der Arbeiter zum Kampf für bessere Lebensbedingungen für die Bevölkerung von Stadt und Land die große neue Erfahrung, die von der brasilianischen Gesellschaft gemacht wird. Der Fortschritt der Volkskämpfe machte es möglich, daß Industriearbeiter, Lohnabhängige aus Handel und Dienstleistung, Beamte, Bewohner der Stadtrand siedlungen, selbständige Arbeiter, Bauern und Landarbeiter sich organisieren konnten, um ihre Rechte zu verteidigen, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen sowie die Gewährung der elementaren Dienstleistungen in den Stadtvierteln zu fordern und die Einheit unter Beweis zu stellen, zu der sie imstande sind. Diese Kämpfe haben zur Auseinandersetzung mit den Mechanismen der Repression geführt, denen die Arbeiter ausgesetzt sind, hauptsächlich dem Lohnnebel und dem Streikverbot. Aber gezwungen, ein Regime zubeekämpfen, das eingesetzt wurde, um das Volk aus den Zentren der politischen Entscheidung zu entfernen, begann sich für die Volksbewegungen immer klarer herauszustellen, daß ihre unmittelbaren und einzelnen Kämpfe nicht ausreichen, um die Eroberung der Rechte und Interessen des Volkes zu garantieren. Deswegen kam der Vorschlag des PT zustande. Der PT entstammt dem Entschluß der Ausgebeuteten, gegen ein wirtschaftliches und politisches System zu kämpfen, das ihre Probleme nicht lösen kann, weil es allein zum Nutzen einer Minderheit von Privilegierten existiert.

### *Für eine Massenpartei*

Der PT entstammt dem Willen nach politischer Unabhängigkeit der Arbeiter, die es längst leid sind, als Manövriermasse Politikern und Parteien zu dienen, die sich der Aufrechterhaltung der bestehenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ordnung verschrieben haben. Er entstammt ebenfalls dem Willen nach politischer Emanzipation der Volksmassen, die die Illusionen der Gruppen leid sind, die die Kraft der Kämpfe durch Parolen ersetzen wollen, die mit ihren Interessen nichts zu tun haben. Die Arbeiter wissen, daß die Freiheit niemals als Geschenk gegeben wurde oder gegeben werden wird, sondern sie wird das Werk ihrer eigenen kollektiven Anstrengung sein. Deshalb protestieren sie, wenn sie sehen, wie wieder einmal in der brasilianischen Geschichte die Parteien von oben nach unten, vom Staat auf die Gesellschaft, von den Reichen auf die Armen gebildet werden. Die Arbeiter wollen sich als autonome politische Kraft organisieren. Der PT hat den Anspruch, ein wirklicher Ausdruck aller vom kapitalistischen System Ausgebeuteten zu sein. Wir sind eine Partei der Arbeiter und nicht länger eine Partei für die Arbeiter. Wir wollen eine Politik als

eine eigenständige Aktivität der Massen, die legal und legitim in allen Machtsphären der Gesellschaft teilnehmen wollen. Der PT will nicht nur zu Wahlzeiten handeln, sondern grundsätzlich im Alltag der Arbeiter, denn nur so wird es möglich sein, eine neue Form der Demokratie zu schaffen, die in den Basisorganisationen der Gesellschaft wurzelt und deren Entscheidungen von Mehrheiten getroffen werden. Ebendeshalb wollen wir eine breite und offene Partei für alle diejenigen, die sich der Sache der Arbeiter und ihrem Programm verschrieben haben. Als Konsequenz wollen wir eine intern demokratische Struktur schaffen, die auf kollektiven und kollegialen Entscheidungen beruht, und deren Leitung und Programm von ihrer Basis bestimmt werden.

### *Für Demokratie und nationale Entwicklung*

In Opposition zum gegenwärtigen Regime und seinem Entwicklungsmodell, aus dem nur die vom kapitalistischen System Privilegierten Nutzen ziehen, wird der PT für die Beseitigung aller diktatorischen Mechanismen kämpfen, die die Gesellschaft unterdrücken und bedrohen. Der PT wird für alle Freiheiten des Bürgers kämpfen, für Garantien, die effektiv die Bürgerrechte gewährleisten, und für eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft. Es existiert weder Freiheit noch eine wahre Entwicklung, wo das Streikrecht selbst ein Betrug bleibt in seiner gegenwärtigen Regelung, wo die städtischen und ländlichen Gewerkschaften weiterhin an das Arbeitsministerium gebunden sind, wo verschiedene Auffassungen und das kulturelle Schaffen einem Klima von Verdächtigungen und polizeilicher Kontrolle unterworfen sind, wo die Polizei gegen eigenes Gesetz verstößt, und wo die Bürokraten und Technokraten des Staates nicht gegenüber dem Volkswillen verantwortlich sind. Der PT erstrebt eine tiefergehende Demokratie. Für uns müssen die Demokratisierung der Wirtschaft, der Gesellschaft und des Staates zusammengehen. Deshalb wird der PT für eine Demokratie kämpfen, die sich auf die politische Freiheit gründet, die ein freies Mehrparteiensystem erfordert, aber ebenfalls wirtschaftliche und soziale Gleichheit. Er wird für vom Staat unabhängige Parteien kämpfen, aber ebenfalls Gewerkschaften und Basisorganisationen unabhängig vom Staat wie auch von ihren eigenen politischen Parteien. Er wird für eine unabhängige Rechtsprechung und ein freies Parlament kämpfen, aber ebenfalls für eine ständige Beteiligung des Volkes in allen Sphären der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidung. Der PT wird für die demokratische Kontrolle der Staatsbürokratie und der Entscheidungen der großen Unternehmen kämpfen, denn ohne dies wäre die Volksbeteiligung eine reine Illusion. Der PT hat den Anspruch, daß das Volk entscheidet, was mit dem geschaffenen Reichtum und den natürlichen Bodenschätzen des Landes geschehen soll. Die nationalen Reichtümer, die bis heute nur den Interessen des nationalen und internationalen Großkapitals gedient haben, müssen in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt werden. Dazu ist es notwendig, daß die wirtschaftlichen Entscheidungen sich den Interessen des Volkes unterordnen. Aber diese Interessen werden nicht den Ausschlag geben, solange das Parlament nicht eine effektive Volksvertretung darstellt und die Entscheidungsgewalt in der Wirtschaft übernimmt, nicht solange die staatlichen Unternehmen, die öffentlichen Dienste und die großen Wirtschaftsräte nicht unter die Kontrolle des Volkes gestellt sind. Die Arbeiter wollen die nationale Unabhängigkeit. Sie haben die Auffassung, daß die Nation das Volk ist, und wissen deshalb, daß das Land nur dann effektiv unabhängig sein wird, wenn der Staat

durch das Volk gelenkt wird. Es ist notwendig, daß der Staat ein Ausdruck der Gesellschaft wird, was nur möglich sein wird, wenn Verhältnisse des freien Eingreifens der Arbeiter in die Entscheidungen über die weitere Entwicklung geschaffen werden. Deshalb will der PT an die Regierung und die Leitung des Staates gelangen, um eine demokratische Politik zu verwirklichen, vom wirtschaftlichen wie vom sozialen Gesichtspunkt. Der Kern seiner Politik wird die Erweiterung der Freiheit sein, damit das Volk eine egalitäre Gesellschaft errichten kann, wo es weder Ausgebeutete noch Ausbeuter gibt.



## ECUADOR

### Soziale Gerechtigkeit — Weit entfernt

Vor einem halben Jahr kehrte Ekuador nach neunjähriger diktatorischer Herrschaft zu einer konstitutionellen Regierungsform zurück. Am 10. August übernahm Jaime Roldos, der Spitzenkandidat der 'Concentración de Fuerzas Populares' (CFP) die Präsidentschaft. Unter dem Motto "Kräfte für den Fortschritt" hatte der Wahlblock CFP/DP (Democracia Popular) die Stimmenmehrheit der verschiedenen Bevölkerungsschichten auf sich vereinigen können. (vgl. LN 74). Sowohl der fortschrittliche Teil der Bourgeoisie als auch die städtischen Mittelschichten und nicht zuletzt die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der 'barrios populares' haben an diese politische Veränderung hohe Erwartungen geknüpft. Wie wenig gefestigt jedoch die Basis der neuen Regierung ist und wie wenig konsistent ihr politisches Konzept, zeigt die Entwicklung der letzten Monate.

#### Regierungsumbildung

Bereits wenige Wochen nach der Regierungsübernahme bahnte sich die erste Regierungskrise an. Seit Ende Oktober gab es Spekulationen, daß mehrere Minister ausgewechselt werden sollten. Ende November gaben elf von zwölf Ministern ihren Rücktritt bekannt mit der Begründung, dem Präsidenten freie Hand zu lassen, ein neues Kabinett zu bilden. Dahinter stand die Tatsache, daß die Regierung aufgrund der bestehenden Parteienkonstellation im Parlament nicht aktionsfähig war. Während in der Regierung CFP/DP vertreten waren, kam es in der Cámara Nacional de Representantes (69 Sitze) zu einem Bündnis zwischen dem CFP-Block mit 30 Abgeordneten und der Konservativen Partei, die 10 Abgeordnete stellt. Bucaram (CFP) wurde Parlamentspräsident und der erzkonservative in den Ruhestand getretene Oberstleutnant Rafael Armijos aus der Konservativen Partei zum Vizepräsidenten. Damit werden Exekutive und Legislative von verschiedenen politischen Parteien getragen. Hinzukommen die Richtungskämpfe innerhalb der CFP, verkörpert durch den populistisch orientierten Roldos auf der einen Seite und auf der anderen Seite den charismatischen Führer der CFP, Bucaram, der heute eher der Finanz- und Landoligarchie verbunden ist. Mit der Regierungsumbildung beabsichtigte Roldos, weitere Parteien an der Regierung zu beteiligen, um auf diese Weise seine politische Basis im Parlament zu verbreitern. Der Versuch, die sozialdemokratische Partei 'Izquierda Democrática', die mit 14 Abgeordneten die zweistärkste Fraktion im Parlament ist, in die politische Verantwortung mit einzubeziehen, schlug fehl, als die ID ihre anfängliche Zusage zurückzog. Schließlich wurden Mitte Dezember fünf Ministerposten neu besetzt, wobei Industrie-, Sozial- und Energieministerium von Parteilosen übernommen wurden, Agrar- und Gesundheitsministerium von Cefepisten (Mitgliedern der CFP). Darüberhinaus wurden der Zentralbankchef sowie der Präsident der Nationalen Wohnungsbaubehörde neu benannt. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die personellen Ver-

änderungen in den Sektoren stattfanden, die aufgrund der gegenwärtigen Wirtschaftslage besondere Problembereiche für die Wirtschaftspolitik sind.

### Die ökonomische Lage

Anfang der siebziger Jahre erlebte Ekuador einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung, der vor allem auf dem Erdölsektor basierte. Jedoch bereits ab 1976 ging die Fördermenge an Erdöl zunehmend zurück, da die Prospektion neuer Quellen und die Wartung der vorhandenen Betriebsanlagen vernachlässigt worden waren. Demgegenüber stieg der Erdölbedarf im Inland ständig an, so daß Prognosen der nationalen Entwicklungsbehörde zufolge Ekuador möglicherweise bereits 1984 Erdöl importieren muß. Der Rückgang der Erdölimporte und das Fehlen anderer Ausführprodukte, die die entstandene Lücke schließen könnten, hat bei gleichzeitig wachsenden Kapitalgüterimporten zu einem Handelsbilanzdefizit geführt, das sich 1979 auf 400 Mio. belaufen soll.

Hinzukommt, daß in den letzten Jahren die Agrarproduktion vor allem von Grundnahrungsmitteln zurückging. Während Ekuador früher beispielsweise Exporteur von Reis war, müssen heute bereits erhebliche Mengen importiert werden.

Die soziale Situation ist ebenso alarmierend. 60% der ländlichen und 40% der städtischen Bevölkerung sind unterbeschäftigt. Ein Drittel der Ekuadorianer ist fehlernährt, 67% aller Kinder sind davon betroffen. Die Analphabetenquote liegt bei 24%.

Die Regierung muß eine Lösung für diese wirtschaftlichen Probleme finden. Dabei steht sie vor dem Dilemma, gleichzeitig die unterschiedlichen Interessen ihrer heterogenen Wählerschaft berücksichtigen zu müssen. Diese Schwierigkeit führte dazu, daß die Regierung bisher nicht in der Lage war, ihr vage formuliertes Programm - Humanismus, Partizipation, Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit, Entwicklung, Nationale Souveränität.

Auch in dem zu Anfang dieses Jahres vorgelegten Entwicklungsplan 1980-1984 werden keine eindeutigen und neuen Schwerpunkte gesetzt. Als wesentliche Neuerung proklamierte die Regierung, daß dieser Entwicklungsplan drei Wochen lang der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt wird. (Kommentare dazu konnten bis zum 15. Februar schriftlich an die Nationale Entwicklungsbehörde eingeschendet werden.)

Die bisher einschneidendste und folgenreichste Maßnahme wurde in der Lohn- und Geldpolitik durchgeführt: Als Zugeständnis an die Arbeiterschaft beschloß die Regierung schon kurz nach ihrem Amtsantritt eine Erhöhung der Mindestlöhne um 50% von ca. 140 DM auf 210 DM. Gleichzeitig wurde die gesetzliche Arbeitszeit von 43 auf 40 Wochenstunden gesenkt. Beide Dekrete sind seit 1.1.1980 in Kraft. Doch diese Maßnahmen wurden nur halbherzig implementiert. Seit ihrer Verabschiedung hat die Regierung nichts unternommen, den daraufhin stark steigenden Preisauftrieb zu regulieren. Bis zur tatsächlichen Erhöhung der Löhne im Januar sind die Preise insbesondere für Grundnahrungsmittel dermaßen in die Höhe geschossen, daß die Lohnerhöhungen nahezu neutralisiert wurden. Im Transportsektor hat die Regierung vor kurzem einer Preiserhöhung von 30% zugestimmt.

Diese Entwicklung hat Anfang Januar zu wiederholten Protestaktionen geführt. In vielen Provinzhauptstädten fanden Demonstrationen statt, an denen vorwiegend Schüler und Studenten beteiligt

waren. Nachdem sich die Polizei anfänglich zurückhielt, griff sie nach einigen Tagen massiv ein. Dabei wurden in Quito zwei Studenten erschossen, was zu weiteren Demonstrationen geführt hat.

Das Erziehungsministerium verfügte daraufhin die Schließung aller Schulen auf unbegrenzte Zeit. (Darüber, ob der Schulbetrieb mittlerweile wieder aufgenommen worden ist, lagen keine Informationen vor.)

Auch die Gewerkschaften haben mittlerweile ihre Kritik an der Politik ausgedrückt, ohne jedoch bisher die Möglichkeit des Streiks in Erwägung gezogen zu haben. (Als eine der ersten Amtshandlungen des Parlaments wurde das Streikrecht wieder gesetzlich verankert.) Dazu Telmo Hidalgo, Präsident der Arbeitergewerkschaft der Hauptstadtprovinz Pichincha: "Die Arbeiter haben sich Illusionen über das gegenwärtige demokratische Regime gemacht. Die Hoffnungen, die das Volk in die Regierung Roldos gesetzt haben, haben bisher noch keine Konkretisierungen durch effektive Maßnahmen erfahren, die darauf deuten könnten, daß die Erwartungen berücksichtigt werden. Die Regierung wird sich entscheiden müssen, ob sie für die da oben oder die da unten ist."

Insgesamt hat bei weiten Teilen der Bevölkerung bereits ein Desillusionierungsprozeß eingesetzt. Die Zusicherung, die Roldos bei seiner Antrittsrede machte, "Wirtschaftliches Wachstum und soziale Gerechtigkeit" zu verwirklichen, scheint von ihrer Realisierung weit entfernt. Mittlerweile wird in der Presse und auf der Straße schon spekuliert, wie lange sich die CFP/DP - Regierung noch im Amt halten kann und die Möglichkeit einer Rückkehr der Militärs diskutiert. Sicherlich ist ein Eingreifen der Militärs in aller nächster Zeit nicht zu erwarten. Allerdings könnte sich die wirtschaftliche und politische Situation weiter zuspitzen, so daß das von der Regierung nur mühsam aufrechterhaltene parlamentarische System an den politischen Widersprüchlichkeiten der CFP/DP zerbricht.



# KOLUMBIEN

## Besuch der ai-Delegation

"Euch, die ihr hierbleibt, während wir gehen, wollen wir ermutigen", waren die letzten Worte der ai-Delegation, die Ende Januar eine Untersuchung über die Verletzung der Menschenrechte durchführte. Mehr als 500 Stunden intensiver Gespräche mit Regierungsvertretern und Verteidigern der Menschenrechte und 46 Kilo Dokumente sind die quantitativen Ergebnisse der Untersuchung. Sie fachte die Diskussion im Land an und wird in ca. 3 Monaten die Veröffentlichung eines Berichtes zur Folge haben. - Die dringenden Probleme der Politischen Gefangenen werden in Briefen aus dem Gefängnis geschildert. Das Komitee der Familienangehörigen der Politischen Gefangenen sucht sie durch konkrete kontinuierliche Arbeit zu mildern.

Eine Atmosphäre der Nervosität bestimmte das Klima unter den Militärs Ende des vergangenen Monats: zum einen hatte der angekündigte Besuch der ai-Delegation ein gewisses Unbehagen hervorgerufen, zum anderen verursachte die Absetzung zweier hoher Militärs Unsicherheit. Abgesetzt wurde der Kommandant der Brigade der Militärinstitutionen (Brigada de las Instituciones Militares-BIM), General Miguel Vega Uribe, der insbesondere durch seine Rolle als Verantwortlicher für willkürliche Verhaftungen und Folterungen weltweiten Ruhm erlangte. Der dem ultra-rechten Flügel der Konservativen Partei angehörende General wird nun in den diplomatischen Dienst befördert, und ins Ausland, aller Voraussicht nach nach Spanien, abgeschoben. Ersetzt wird er durch Rafael Obdulio Forero, den früheren Kommandanten der III. Brigade in Cali. Vega Uribe Oberaufsicht unterlagen auch alle Kriegsgerechtsprozesse, die in der Hauptstadt stattfanden. Er erregte vor seiner Absetzung noch ein gewisses Aufsehen, als er während eines feierlichen Banketts hoher Militärs seine Meinung über die Rolle der Militärs zur Aufrechterhaltung der Demokratie mit den Wäusten vertrat, wobei er offensichtlich den Kürzeren zog und sich in stationäre Behandlung begeben mußte. - Ebenfalls abgesetzt wurde der oberste nationale Gefängnisdirektor E. Carmona Lopez, dessen letzter Wunsch und Auftrag an seine Untergebenen lautete, die politischen Gefangenen etwas härter anzufassen.

### Ein alls eits erwarteter Besuch

Diese Ereignisse wurden etwas verdeckt durch den Besuch der Amnesty-Delegation, der eine Woche lang die Titelseiten der gesamten Presse füllte und eine Reihe von Disputen und Polemiken ins Leben rief, an denen alle Sektoren des öffentlichen Lebens teilnahmen, d.h. in erster Linie Vertreter der Regierung und Verteidiger der Menschenrechte. Die Regierung war sehr bemüht, den Besuch der Delegation als einen erneuten Versuch des internationalen Kommunismus

darzustellen, der es darauf abgesehen habe, das Ansehen des Landes im Ausland zu schädigen.

Tatsächlich hat sich jedoch Herr Turbay auf seiner Europareise im letzten Herbst dazu verleiten lassen, ohne vorherige Absprache mit seinem General Camacho Leyva, Vertreter dieser Organisation einzuladen. (Aber auch der General Camacho verschickte des öfteren Einladungen, sich die demokratischen Institutionen seines Landes anzusehen; zu den Eingeladenen gehörten auch die LATEINAMERIKA - NACHRICHTEN). Jedenfalls empfing er die Delegation auf die ihm eigene Art und Weise: am Tag ihrer Ankunft durchsuchte eine bewaffnete Patrouille das Hotelzimmer der Delegation. (Nach Angaben der Militärs handelte es sich dabei um einen Höflichkeitsbesuch.) Das Hotel wurde ständig von Agenten der diversen Sicherheitsdienste belagert; die vom Hotel aus geführten Telefongespräche wurden regelmäßig unterbrochen. - Andererseits bemühte sich die Regierung, die Delegation für ihre Politik zu begeistern: Man lud sie nach Huila ein, wo bei einem Zusammenstoß zwischen dem Militär und einer Guerrillagruppe drei Polizisten ums Leben kamen. Die Delegierten sollten mit eigenen Augen sehen, daß die Verletzung von Menschenrechten, Beschneidung der öffentlichen Freiheiten und die Anwendung von Folter den Aktivitäten der bewaffneten Gruppen zuzuschreiben sei und nicht etwa der Regierung. (Vor ein paar Monaten ließ Präsident Turbay sogar in einem Interview mit 'Le Monde' verlauten, die politischen Gefangenen würden sich selbst foltern und verstümmeln, um den kolumbianischen Staat zu diffamieren!) Die Delegation sah es allerdings nicht als ihre Aufgabe an, irgendwelche in dem zu untersuchenden Land verübten Delikte zu beurteilen, sondern das Verhalten der Regierung zu kontrollieren, die das Abkommen über Menschenrechte unterzeichnet hat. Auf die Vorwürfe entgegnete sie, bei Amnesty handele es sich nicht um eine subversive Gruppe,



die das Ziel hat, eine weltweite Kampagne zur Diffamierung Kolumbiens im Ausland anzuzetteln.

Aber trotz aller Versprechungen, die Turbay der Kommission vor einem Jahr in London machte, ließ die Regierung es nicht zu, daß die Delegierten in den Bogota'er Gefängnissen die Häftlinge in ihren Zellen besuchen konnten. Die Treffen fanden vielmehr in extra dafür eingerichteten Büros der Gefängnisverwaltung statt.

Man muß auch darauf hinweisen, daß Amnesty Kolumbien nicht nur deshalb einen Besuch abstattete, weil der Herr Turbay sie netterweise eingeladen hatte, den Weihnachtsurlaub bei ihm zu verbringen, sondern weil sie massenweise Hinweise und Anklagen wegen Folter und willkürlicher Verhaftungen erhielten. Erst die Durcharbeitung dieses Materials veranlaßte sie zu der Reise, um Richtlinien zur Erhaltung der Menschenrechte auszuarbeiten. Die Entsendung einer Delegation ist für Amnesty eine außergewöhnliche Maßnahme, die aufgrund des Ernstes der Situation ergriffen wurde. Aus dem gleichen Grunde war vorher schon eine Spezialabteilung für Kolumbien gegründet worden.

Zu den Untersuchungen im Lande selbst gehörte auch die Examinierung von gefolterten Häftlingen durch den ai-Beauftragten und Arzt Federico Allodi aus Kanada. Zu denen, die der Delegation ihre Sichtweise und Interpretation über das, was Menschenrechte seien, darlegten, gehörten der Präsident des Landes, sein Verteidigungsminister General Camacho Leyva und weitere Regierungsstellen und Gefängniswärter. Über die Realität der Menschenrechte berichteten die Verteidiger der Gefangenen, die Gefangenen selbst, ihre Familienangehörigen, Ärzte, Vertreter der Kirche, Bauern und Indianer der militarisierten Regionen sowie Gewerkschaftsvertreter.

Entgegen den Gepflogenheiten von ai, selbst an die Öffentlichkeit zu treten, sahen sich die Delegierten zweimal gezwungen, sich an die Presse zu wenden: erstens um die Verfolgung und Beschattung durch Sicherheitsbeamte, die nicht dem Schutz der Delegation diene, anzuzeigen, und zweitens, um dem durch Rundfunk verbreiteten Gerücht zu widersprechen, der Delegierte E. Garcia sei schon einmal wegen subversiver Aktivitäten des Landes verwiesen worden.

Trotz der intensiven Aufmerksamkeit, die ihnen von offizieller Seite entgegengebracht wurde, (der Justizminister Hugo Escobar Sierra, der uns auch schon durch diverse undemokratische Äußerungen bekannt ist -vgl LN 74 - begleitete sie auf ihrer Reise durch das Land) waren die Delegierten mit den Ergebnissen ihrer Untersuchung zufrieden. Auf dem Flughafen noch wünschten sie den verbleibenden Verteidigern der Menschenrechte Mut.

Der Bericht der Kommission wird in drei Monaten veröffentlicht werden. Dem Besuch kommt eine innenpolitische Bedeutung zu, da er eine öffentliche Diskussion über die Verletzungen von Menschenrechten wachrief bzw. verstärkte und verbreiterte.

### Gefängnisberichte: »Sehen, Hören und Schweigen«

#### LESERBRIEF

Wegen einer Namensverwechslung war ich 15 Tage lang im Gefängnis Modelo inhaftiert, bis meine Unschuld erwiesen wurde. Der Zeitraum reichte aus, um mir die Schmach und Entwürdigung, die Ausbeutung der Gefangenen durch andere Gefangene und Wärter, und die Ungerechtigkeit und ständige Verletzung der elementarsten Menschenrechte in aller Deutlichkeit zu zeigen.(...)

Der Satz 'vom Bus steigen', was soviel heißt wie Geld überreichen, ist der, der am häufigsten benutzt wird. Vor der Aufnahme ist man gezwungen, sich die Haare schneiden zu lassen und

wer nicht mit 50 oder 60 Pesos<sup>\*)</sup> vom Bus steigt, wird kahlgeschoren. Nach der Aufnahme werden mindestens 20 Pesos verlangt, um sich vom Reinemachdienst zu befreien und von hier an (...) ist der Faktor Geld für den Ablauf des Gefängnisalltags so nötig wie der Sauerstoff.

Der 'guachiman' oder Vertrauenshäftling des Kommandanten und der Wärter, der den Häftlingen die Zellen zuteilt, verlangt ganz offen folgende Preise: Zwei-Mann-Zelle: pro Person 500 Pesos zur Aufnahme und 200 Pesos wöchentlich; Drei-Mann-Zelle: pro Person 400 Pesos zur Aufnahme und 170 wöchentlich; das Recht auf eine Matraze (5cm dicke unhygienische Schaumstoffmatte): 100 Pesos täglich; das Recht auf eine Decke: 30 Pesos pro Nacht.

Häftlinge, die kein Geld haben, werden in 1,40 x 2,00 m große Ein-Mann-Zellen zu viert oder fünft zusammengepfercht. (...) Ich werde nie den 'guachiman' Monroy vergessen, der, als ich ihm sagte, es gäbe doch noch freie Zellen, mir antwortete, die reserviere er sich für irgendeinen 'dicken Fisch' am folgenden Tag. (...)

Angel Bueno (Pseudonym), Bogotá

(Alternativa 250)



\*)zum Vergleich: Minimallohn: ca. 3500 Pesos monatlich, Warenkorb für eine Familie: mind. 7800 Pesos monatlich, 1 l Milch: 15 Pesos

Im Folgenden übersetzen wir Passagen aus einem Bericht über das Gefängnis 'Bellavista' in Cartagena aus der schwedischen Zeitschrift Colombia Bulletin Nr.8.

#### Gefängnisalltag

"Wir müssen im Sitzen schlafen; es ist sehr kalt, aber wir bekommen keine Matrasen... Nicht mal eine Stunde läßt man uns an die Sonne... Wenn wir den Wärtern nicht 10 oder 15 Pesos geben, lassen sie uns nicht austreten... Unseren Stuhlgang müssen wir auf einer Zeitung verrichten und am Eingang sammeln; wir urinieren an der Tür und diesen Gestank müssen wir ständig ertragen..."  
 'Sehen, hören und schweigen' lautet das oberste Gebot von Bellavista. Aus Angst vor Repressalien redet kaum ein Gefangener über die Behandlung.

In Lastwagen, die für 70 Häftlinge vorgesehen sind, werden bis zu 130 zusammengepfercht, ohne Licht und Ventilation. Diejenigen, die genügend Geld haben, zahlen 400 Pesos um in der Kabine zu sitzen.

#### Ernährung

Die Ernährung ist absolut unzureichend: nur ein Drittel der für den Körper notwendigen Kalorienmenge wird verabreicht, nur ein Drittel der notwendigen Eiweißmenge, nur ein Viertel des notwendigen Calciums, nur die Hälfte des notwendigen Eisens, nur ein Viertel der notwendigen Einheiten von Vit. A, weniger als ein Viertel der notwendigen Menge an Vit. B1 und B2, nur ein Drittel der Mindestmenge an Vit. C. Um zu überleben, ist es notwendig, sich Essen in den Hotels zu kaufen, was ca. 1000 Pesos wöchentlich kostet und immer noch von schlechter Qualität und niedrigem Nährwert ist.

#### Krankheit

"Als ich ins Gefängnis kam, war ich krank. Sie gaben mir eine Zelle, die sehr feucht war. Sie kümmern sich nicht um einen, sondern gehen mit einem um wie mit Tieren: als würde man in den Stall geworfen und hinter einem wird abgeschlossen."

Dies alles widerspricht den Gefängnisregeln, nach denen jeder Häftling innerhalb der ersten 24 Stunden einer medizinischen Untersuchung unterzogen werden sollte. Die vorherrschenden Krankheiten im Gefängnis sind folgende: Erkrankungen der Atemwege, Geschlechtskrankheiten, Erkrankungen des Verdauungsapparates, depressive Zustände, Ängste, Haut- und Nervenkrankheiten.

Unterernährung, Zusammengepferchtsein, Feuchtigkeit, Ungeziefer und fehlende Impfungen setzen die Häftlinge einer großen Ansteckungsgefahr aus. Die Tuberkuloserate ist extrem hoch in Gefängnissen.

Die Wärter müssen bestochen werden, damit die Häftlinge medizinisch versorgt werden. Es gibt vier Ärzte für 3600 Gefangenen die jeweils acht Patienten täglich untersuchen. Die Dauer der Untersuchungen ist zu kurz, um die Krankheiten genau zu erfassen. Zwei Stunden täglich sind die Ärzte da; d.h. die Anfahrtswege von ihrer Wohnung zum Gefängnis fallen in diese zwei Stunden mit hinein. - Medikamente sind ebenfalls nicht vorhanden. Manchmal werden von vornherein nur die untersucht, die das Geld haben, sich auch die verschriebenen Medikamente zu kaufen. Im Gefängnis Krankenhaus gibt es 18 Betten, es fehlt an Bettüchern und Decken, an Instrumenten und Personal.

#### Arbeit

Obwohl Arbeit als Therapie zur moralischen und sozialen Rehabilitation zählt, ist sie ein Privileg. Für das Recht zu arbeiten

muß häufig dem Kommandanten eine Summe Geld gezahlt werden, ca. 50 Pesos. Die Häftlinge wollen arbeiten, um sich zu zerstreuen, um zu vergessen, daß sie Häftlinge sind oder um ihre Angehörigen zu unterstützen: von den 3600 Häftlingen hängen 12 800 Personen ab. Und nicht zuletzt deshalb wollen sie arbeiten, weil 3 Arbeitstage ihren Gefängnisaufenthalt um einen Tag verkürzen. Der Tageslohn beträgt zwischen 10 und 55 Pesos, liegt also weit unterhalb des Minimallohns (ca. 120 Pesos täglich).



Schluß mit der Folter

#### Angehörige politischer Gefangener organisieren sich

Zur Situation in den Gefängnissen haben wir in dieser und in vorangegangenen Nummern der LATINAMERIKA-NACHRICHTEN Berichte von politischen Gefangenen abgedruckt.

Das Komitee für die Solidarität mit Politischen Gefangenen hat ein Komitee der Familienangehörigen politischer Gefangener gebildet. Diese treffen sich regelmäßig und nehmen eine Reihe von Aufgaben wahr:

- 1) Anklage des Entzugs der grundlegenden demokratischen Bürgerrechte, wie des Rechtes auf Meinungsfreiheit...
- 2) Anklage der Behandlung der Festgenommenen, der Verhöre, der psychischen und physischen Foltern
- 3) Moralische Unterstützung der Familienangehörigen untereinander

- 4) Unterstützung der Politischen Gefangenen in dem, was sie dringend benötigen: - Ernährung  
- Kleidung  
- Matratzen ...

Die Unterstützung erfolgt mit finanzieller Hilfe des Komitees für die Solidarität mit den Politischen Gefangenen und einiger Gewerkschaften.

Kommissionen werden gebildet, die die verschiedenen Gefängnisse besuchen und Listen mit dem anfertigen, was am allernötigsten gebraucht wird.

- 5) Teilnahme eines Vertreters an den Sitzungen des Komitees für die Solidarität mit den Politischen Gefangenen, um die jeweiligen Probleme und Bedürfnisse mitzuteilen.  
6) Zusammenarbeit mit den Rechtsanwälten  
7) Zusammenarbeit mit dem Psychologischen Institut der Nationalen Universität: Psychologen helfen dabei, sich um die Kinder zu kümmern, die von dem plötzlichen Verschwinden eines oder beider Elternteile stark betroffen sind.

Diese Aufgaben werden in 5 Kommissionen wahrgenommen:

- Die Pressekommission gibt Pressemitteilungen heraus
- Die Finanzkommission erhält das Geld und verteilt es nach den dringendsten Problemen, die ermittelt wurden.
- Die "Bürger"kommission entwickelt Kampagnen und nimmt Kontakt mit den Gewerkschaften und mit den Studenten auf. Sie organisiert Unterstützungskampagnen auf der Straße, bei Händlern, bei Mitgliedern. Man sammelt Geld und Waren, alles was jeder Einzelne geben kann.
- Soziale Kommission mit ähnlichen Aufgaben wie die "Bürger"komm.
- Leitungs- und Koordinationskommission: sie sammelt die Probleme, die von den einzelnen Mitgliedern bzw. von den Kommissionen geäußert werden und leitet daraus ab, was aktiv angegangen werden muß. An dieser Kommission nehmen je 2 Vertreter der übrigen Kommissionen teil.

Diese Familienangehörigen schufen sich einen Zusammenhalt untereinander. Sie sehen ihre Probleme auch in einem größeren Zusammenhang. Die Familienangehörigen uruguayischer, argentinischer und chilenischer Politischer Gefangener sind ihre Vorbilder. Das Wissen darum, daß sie nicht allein sind, stärkt ihre alltägliche Arbeit.

SPENDEN FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN BITTE AUF DAS FOLGENDE KONTO  
PSchKto.FDCL, 176966-104 PSchAmt Berlin West;KENNWORT: KOLUMBIEN  
GEFANGENE

(Spendenbescheinigungen können zugesandt werden)

Quellen: Alternativa, Espectador, ai-Telex, Zeitschrift des Comité pour la Defense des Droits de l'Homme et des Prisonniers Politiques en COLOMBIE (Paris), Colombia Bulletin (Schweden), Solidaridad

## GUATEMALA

### Das Massaker in der spanischen Botschaft

Am 31. Januar besetzten 20 indianische Bauern, unter ihnen auch Frauen und eine Nonne, und mit ihnen 4 Studenten gegen Mittag friedlich die spanische Botschaft. Sie sprachen mit dem Botschafter, erklärten ihm ihre Situation, und daß sie in die Botschaft gekommen seien, weil sie dies für die allerletzte Möglichkeit hielten, ihre Probleme öffentlich zu machen. Sie baten den Botschafter konkret um folgendes:

1. Sich bei der guatemaltekischen Regierung dafür zu verwenden, daß sie das Militär aus den seit Monaten besetzten Dörfern ihrer Provinz abziehe.
2. Die Weltöffentlichkeit darüber zu informieren, in welcher Situation sie gezwungen seien zu leben.
3. Die Erlaubnis, vor der Botschaft Spruchbänder aufzuhängen, in denen sie ihre Gründe für die Botschaftsbesetzung erklärten.
4. Sich bei der guatemaltekischen Regierung dafür einzusetzen, daß man ihnen die Leichen ihrer im August/September 1979 entführten und im Dezember desselben Jahres ermordeten aufgefundenen Angehörigen gäbe, damit sie sie beerdigen könnten.

Der spanische Botschafter erklärte sich sofort bereit, sich für diese Forderungen bei der guatemaltekischen Regierung einzusetzen.

Während der letzten 2 Wochen hatten die indianischen Bauern ähnliche Aktionen in Schulen, 2 Rundfunkstationen und bei der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) unternommen. Solche Aktionen sind für sie inzwischen zur letzten Möglichkeit geworden, die Öffentlichkeit Guatemalas und des Auslandes auf die völlige Unerträglichkeit ihrer Lebensbedingungen aufmerksam zu machen. Die Bauern forderten die Schaffung einer Verhandlungskommission und einer Kommission, die die militärische Unterdrückung in der Region Quiché untersuchen sollte. An diesen Kommissionen sollten Vertreter der Kirche, der Universität San Carlos, der Gewerkschaften und verschiedener Bauernligen mitarbeiten.

Doch es kam nicht mehr zu Kontakten zwischen dem spanischen Botschafter und der guatemaltekischen Regierung. Gegen 15<sup>00</sup> umstellten ca. 600 bewaffnete Sicherheitskräfte der nationalen Polizei und des Militärs die Botschaft. Der Versuch des spanischen Botschafters, sich mit der guatemaltekischen Regierung in Verbindung zu setzen, schlug fehl. Innen- und Außenminister waren unerreichbar bzw. ließen sich verleugnen. Auch die direkte Aufforderung an die Polizei und Militär sich zurückzuziehen, wurde abgelehnt, stattdessen wurde die Botschaft gewaltsam gestürmt. Vor dem bestialischen Vorgehen der Sicherheitskräfte wichen die Besetzer und die Botschaftsanhörigen in das Zimmer des Botschafters aus. Als die Polizei auch die Tür dieses Zimmers einschlug, explodierte ein Molotowcocktail, der das Ge-

bäude augenblicklich in Brand setzte. In dem brennenden Gebäude starben 37 Menschen. Nur ein Botschaftsbesetzer und der Botschafter selbst überlebten das Inferno. Der Botschafter machte nach dem Massaker die Regierung von Guatemala für das Massaker verantwortlich. Er sagte wörtlich:

"Die Polizei leistete eine bestialische Arbeit. Sie ist allein schuldig... Verantwortlich ist die Regierung von Guatemala. Das Vorgehen der Polizei war von unglaublicher Brutalität. Die diplomatische Exterritorialität wurde verletzt".

Die spanische Regierung brach einen Tag später die diplomatischen Beziehungen zu Guatemala ab. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und Guatemala riefen auch Mexiko und die Länder der Andenpaktstaaten (Kolumbien, Ecuador und Bolivien) ihre Botschafter zur Berichterstattung zurück.

Währenddessen wurden in Guatemala durch die Massenmedien als erste die indianischen Bauern, die die Botschaft besetzt hatten, als "kommunistische Terroristen" kriminalisiert, und als zweiter der spanische Botschafter selbst, den man nun im Fernsehen beschuldigte, ein "Komplize" der Botschaftsbesetzer zu sein. In den folgenden Tagen übernahmen auch verschiedene Zeitungen diese Beschuldigung und behaupteten, der Botschafter habe 2 Wochen vor dem Massaker die Provinz Quiché besucht und mit verschiedenen Bauernführern gesprochen. In der Zeitung 'El Imparcial' war zu lesen, daß Spanien sich in diesem Fall offensichtlich nicht wie Spanien, sondern wie ein sozialistisches Land verhalten habe. Ein Abgeordneter der MLN (Movimiento de Liberación Nacional - rechtsextreme faschistische Partei im Kongress) drückte sich so aus: "Wir wissen, daß der Botschafter ein Mitglied der extremen Linken Spaniens ist.... außerdem hat die MLN Informationen, nach denen der Botschafter Cajal Kontakt mit subversiven Elementen aus Uspantan (der Gemeinde in Quiché, wo die indianischen Bauern hergekommen waren, Anm. d. R.) hatte". (Alle Informationen zu diesem Abschnitt aus INFOPRESS, No. 378, 7. Februar 1980)

Während also die politischen Wortführer der extremen Rechten wie auch ein Teil der Massenmedien sich mühten ihre Version glaubhaft zu machen, derzufolge der spanische Botschafter selbst in den 'Anschlag' der 'kommunistischen Terroristen' verwickelt gewesen wäre, mobilisierte das völkerrechtswidrige Verhalten der Polizei bzw. der Regierung Bauern-, Gewerkschafts- und Studentenorganisationen in gleicher Weise.

Am Samstag, den 2. Februar 1980, zwei Tage nach dem Massaker, wurden die 24 toten Botschaftsbesetzer in einer Demonstration von ca. 20.000 Menschen durch die Innenstadt von Guatemala City zu Grabe getragen. Während dieser Demonstration wurden ein Gewerkschaftsführer der PASGUA (Federación Autónoma Sindical de Guatemala) Hector Santinez, der Student und Vorsitzende der Vereinigung der Medizinstudenten, Gustavo Adolfo Hernandez und ein Student namens Jesús España aus dem Hinterhalt erschossen und eine siebzehnjährige Studentin entführt, die bis heute verschwunden ist.

Der Terror setzte sich fort. Der einzig Überlebende der indianischen Bauern, Gregorio Yuya Shoma, der zuerst mit schweren Brandwunden in ein öffentliches Hospital gebracht worden war, später jedoch auf Wunsch des spanischen Botschafters in die Privatklinik verlegt wurde, in der auch der Botschafter behandelt wurde, wurde am Tag nach dem Massaker von einem bewaffneten

Kommando aus der theoretisch unter Polizeischutz stehenden Klinik entführt. 2 Tage später wurde er mit Kopfschüssen und Folterspuren an allen Gliedmaßen vor dem Universitätsgebäude der Hauptstadt tot aufgefunden.

Der Botschafter, nun einzig überlebender unmittelbarer Zeuge des Massakers, flüchtete aus dem Krankenhaus und suchte Schutz in der Us-amerikanischen Botschaft. Aber auch außerhalb der Hauptstadt kam es zu Aktionen gegen den erneuten Terror der Regierung und der Militärs. 4 Tage nach dem Massaker in der Botschaft überfielen Guerilleros in der Provinz Quiché, aus der die indianischen Bauern gekommen waren, eine Fahrzeugkolonne der Armee. Bei dem Überfall auf die Kolonne fanden 9 Soldaten, ein Zivilbeamte, ein Offizier und zwei Guerilleros den Tod. Einen Tag später wurden zwei weitere Soldaten und der für die Militärgerichtsbarkeit des Generalstabs zuständige General Virgilio Villagran erschossen.

In der Hauptstadt rief mittlerweile die CNUS (Nationales Komitee der gewerkschaftlichen Einheit) zu Aktionen für die nächsten Wochen auf, die von Sabotage über Massenmobilisierungen bis hin zu einem organisierten nationalen Generalstreik führen sollen. Hilfe für die Gewerkschaftsbewegung kommt auch vom Ausland. Die Internationale Gewerkschaft der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter (IUF) hat in Genf zu weltweiten Maßnahmen gegen das amerikanische Coca-Cola Unternehmen aufgerufen, um damit gegen die antigewerkschaftlichen gewaltsamen 'Unterdrückungsaktionen' in der Lizenzniederlassung "Embotelladora Guatemalteca" zu protestieren. In diesem Betrieb wurde eine der stärksten gewerkschaftlichen Organisationen durch Ermordungen aktiver Arbeiter und Gewerkschaftsführer zerschlagen.

Im folgenden drucken wir ein Flugblatt ab, das auch als Steckbrief an Häuserwänden befestigt worden war. Es ist ein Beispiel für den Terror, den rechte Banden zur Einschüchterung gegen die Bevölkerung entfachen. Wie so oft dient der Antikommunismus - getreu der Ideologie der Nationalen Sicherheit - als Vorwand zur Legitimierung des Terrors:

( e x a k t e K o p i e )

VOLK VON QUICHÉ:

KENNST DU DIE KOMMUNISTEN, DIE UNTER EUCH HERUMLAUFEN UND DIE MIT ANDEREN NATIONEN EINEN PAKT GESCHLOSSEN HABEN UM UNSER LAND ZU VERKAUFEN; WEISE SIE AB UND GLAUBE IHREN FALSCHEN WAHRHEITEN NICHT TRETE NICHT IN KONTAKT MIT IHNEN, SIE WERDEN BALD GERICHTET WERDEN! DAMIT DU WEISST, WER ES IST, TEILEN WIR DIR MIT, WER ES IST:

- |                                |                             |
|--------------------------------|-----------------------------|
| 1.- MARTIN TABICO ZAPATA       | 10. JULIAN HAMILTON NORIEGA |
| 2.- PRIESTER LUIS GURRIARAN    | 11. DIEGO LOPEZ TIPAZ       |
| 3.- PRIESTER FERNANDO HOYOS    | 12. MARCELO LAINEZ          |
| 4.- PRIESTER ANDRES LANZ       | 13. CLETO PONCIO AMBROCIO   |
| 5.- PRIESTER BARTOLOME SANCHEZ | 14. BASILIO CHAVEZ MEDRANO  |
| 6.- FABIAN PEREZ               | 15. JUVENTINO LOPEZ         |
| 7.- SALOMON TABICO ZAPATA      | 16. LAIME MENDEZ            |
| 8.- EMETERIO TOJ MEDRANO       | 17. LUIS APOLONIO LOPEZ     |
| 9.- HUGO RENE NORIEGA MOTTA    |                             |

"FÜR EIN FREIES GUATEMALA"

F U A

("EINHEITLICHE ANTIKOMMUNISTISCHE FRONT"  
"FRENTE UNIDO ANTICOMUNISTA")

## Guatemala—Spanien

Das Massaker, das die guatemaltekeische Polizei in der spanischen Botschaft verübt hatte, gab der spanischen Regierung Gelegenheit, die gegenüber der Franco-Zeit veränderte Position Spaniens zu den Problemen Lateinamerikas dramatisch zu demonstrieren. Mehr aus dieser Intention heraus denn wegen der Ermordung spanischer Botschaftsangehöriger erfolgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum guatemaltekeischen Regime; dem guatemaltekeischen Volk versicherte die Madrider Regierung ihre Freundschaft (vgl. El Pais vom 2. 2. 80).

In der Nach-Francozeit versucht v.a. die Regierung Suarez zu demonstrieren, daß sie für einen Weg der Demokratisierung der von diktatorischen Regimes beherrschten Länder Lateinamerikas eintritt. Dabei soll das spanische Beispiel des Übergangs von der frankistischen Diktatur zu westeuropäisch-parlamentarischen Strukturen als Demokratisierungsmodell auch für den lateinamerikanischen Raum Gültigkeit haben. In diesem Zusammenhang unterscheiden sich die Vorstellungen der UCD-Regierung des "geläuterten Frankisten" Suarez und der größten spanischen Oppositionspartei PSOE (Mitglied der Sozialistischen Internationalen) nur graduell. Gerade PSOE-Chef Felipe Gonzalez war für die Sozialistische Internationale in den letzten Jahren in Lateinamerika sehr aktiv, um Einflußsphären zu erschließen bzw. zu sichern. Aber auch Premier Suarez und König Juan Carlos versuchten bei ihren Staatsbesuchen in Lateinamerika, die neue, aktivere Rolle Spaniens zu verdeutlichen. Bestärkt in diesem Bemühen um stärkere Verbindungen zwischen Spanien und seinen ehemaligen lateinamerikanischen Kolonien unter dem Motto der Bewahrung der kulturellen Einheit der "Hispanidad" wird die spanische Politik sowohl durch die USA als auch durch die führenden EG-Staaten. Die spanische Politik soll praktisch das "Trojanische Pferd" für zwei Zielsetzungen abgeben. Die USA erhoffen sich durch das spanische Engagement eine Sicherung kapitalistischer Weltmarktstrukturen; Spanien ist hierfür prädestiniert, da seine Einbindung in das westliche System trotz formaler Nicht-Zugehörigkeit zur NATO einerseits nicht in Frage steht, andererseits es aber in der Lage ist, seine formale Blockfreiheit und seine neue antidiktatorische Reputation in die Waagschale zu werfen. Außerdem hat es im Gegensatz zu den USA "keinen Dreck am Stecken", der aus antidemokratischen Interventionen stammt. Für die führenden EG-Staaten kommt ein weiterer Gesichtspunkt hinzu: für sie sind die traditionellen Bindungen Spaniens schlicht interessant, um auf diesem Weg stärker in lateinamerikanische Märkte einzudringen.

Die spanische Regierung und die Opposition haben diese Rolle seit langem akzeptiert. Von daher gab es auch keine gewichtige Kritik in Spanien am Abbruch der Beziehungen zu Guatemala.

## »Objektivität« in der westdeutschen Presse

Der Schminktopf oder Ein Lehrstück der Selbstzensur

Über die blutigen Ereignisse der letzten Wochen in Guatemala ist in der westdeutschen Presse berichtet worden. Der Tod von mehr als 30 Menschen war offensichtlich nötig, damit die Presse in der BRD überhaupt wahrnahm, was in Guatemala an der Tagesordnung ist: Polizei, Militär und die rechtsradikalen Todeschwadronen begehen täglich Morde an politischen Gegnern oder was sie dafür halten. Allein 1979 wurden nach Angaben der Jesuiten mindestens 3 252 Menschen ermordet.

Zu den wenigen Presseorganen, die bereits vor den blutigen Ereignissen in der spanischen Botschaft in Guatemala berichteten, gehört die Wochenzeitung DIE ZEIT. Am 28.12.79 berichtete das Mitglied der politischen Redaktion der ZEIT Horst Bieber über seine Eindrücke während einer Reise in das mittelamerikanische Land. Er schließt seinen Artikel mit dem Satz: "Wer widerspricht schon einem Präsidenten, der sich über die Kernfrage seiner Amtszeit hinwegtäuschen möchte?"

Wir widersprechen auf jeden Fall einem Journalisten, der sich (und seine Leser) auf elegante Art um die Kernfrage Guatemalas, den Terror von rechts hinwegmogeln möchte. Er sagt zwar solche Dinge wie: "Kritik an den herrschenden Verhältnissen ist lebensgefährlich" und er schreibt von dem "Risiko, von einer der vier rechtsextremistischen Terrororganisationen umgebracht zu werden", aber im gleichen Absatz macht er nach der üblichen Art der westdeutschen Presse auf die angebliche Gefahr von links aufmerksam und schreibt von den "Todeslisten der Linksextremen" und davon, daß "Polizei und Justiz...hilflos furcht-sam zuschauen".

Das ist zunächst nichts besonderes: "Objektivität" in der westdeutschen Presse heißt in der Regel, auch - und vorallem - nach links zu schlagen, wenn es sich schon nicht vermeiden ließ, nach rechts zu schauen. Der Artikel von Bieber allerdings hatte noch ein Nachspiel, in dem deutlich wurde, daß es dem Autor Bieber offensichtlich nicht an Kenntnissen und Informationen über die tatsächliche Situation in Guatemala gefehlt hat. Von verschiedenen Solidaritäts- und amnesty international-Gruppen angesprochen, gab er, wenn auch nur indirekt zu, daß der Bericht in der ZEIT vom 28.12.79 nicht seinem Kenntnisstand, geschweige denn den Tatsachen entsprochen hat. Herr Bieber kündigte in einem der Briefe eine "ungeschminkte Analyse" in einer Fachzeitschrift an. Der Artikel in der ZEIT war also "geschminkt" und Bieber war sich dessen bewußt!

"Die Schere im Kopf" hat eine neue Variante bekommen, Horst Bieber von der Wochenzeitung "DIE ZEIT" liefert sie: Der Schminktopf in der Hand des Journalisten. Ein Lehrstück in Sachen Selbstzensur.

## Kurzmeldungen

### Bolivien

Großes Aufsehen in der bolivianischen Presse erregten Anfang Februar zwei deutsche Delegationen. Zum einen handelte es sich dabei um 4 Parlamentarier von SPD, FDP und CDU, die im Rahmen einer Informationsreise durch verschiedene lateinamerikanische Länder auch nach Bolivien kamen. Die zweite urdwichtigere Gruppe kam vom BMZ, angeführt von Alwin Brück, dem parlamentarischen Staatssekretär von Herrn Offergeld und begleitet von hohen BMZ-Mitarbeitern. Die Gruppe von Herrn Brück wurde im Außen- und Planungsministerium als auch von der Präsidentin Lydia Gueiler persönlich empfangen. Vor der deutsch-bolivianischen Handelskammer berichteten die 'Entwicklungshilfeexperten' über die Ziele bundesrepublikanischer Entwicklungshilfe im allgemeinen als auch über die Zusammenarbeit mit Bolivien in Einzelfragen. Im Vordergrund stand dabei die technische Zusammenarbeit und Erweiterung der Investitionen im Minenbereich.

Mitte Januar gab Botschafter Paul E. Boek in La Paz bekannt, daß er seine Mission als Botschafter der USA in Bolivien beendet hat. P.E.Boek hatte sein Amt im Oktober 1977, wenige Tage vor General Banzers "historischer Rede" (s. LN 55), übernommen und galt als Vertreter einer "weichen" Linie der US-Außenpolitik. Im Zuge der Menschenrechtspolitik Carters war er beauftragt worden, den "Demokratisierungs- und Konstitutionalisierungsprozeß" in Bolivien, d.h. den Übergang von General Banzers Diktatur in eine "kontrollierte Demokratie" zu überwachen. Boek hält sich weiterhin in Bolivien auf. Es ist noch nicht bekannt geworden wer als Nachfolger kommen wird. Die Beendigung seiner Botschafts-Mission kann jedoch als Zeichen einer Änderung der US-Politik gegenüber Bolivien gewertet werden.

### Kolumbien

Nachdem durch Überschwemmungen das Elendsviertel Patio Bonito in Bogotá völlig zerstört wurde, versprach die Erste Dame des Landes Doña Nydia, daß kein Bewohner dieses Viertels ohne Dach über dem Kopf bleiben solle. Trotz der defätistischen Reden und Voraussagen der Pessimisten und Besserwisser erfüllte sie am Sonntag, dem 3.2. in einem einmaligen geschichtlichen Akt von Großherzigkeit und Güte ihr Versprechen. Diese armen Menschen hatten ihr Dach über dem Kopf verloren und solches gab man ihnen wieder: Jede der 250 Familien erhielt 24 Ziegel, 2 Säcke Zement, eine Tür, ein Paar Schuhe und einen Topf. Noch niemals zuvor in der gesamten kolumbianischen Geschichte konnte sich eine Regierung rühmen, auf so wirkungsvolle Weise dem Armen zu einem Dach über dem Kopf verholfen und somit einen nationalen Notstand so effizient beseitigt zu haben.

Das Werk von Doña Nydia zeugt von wahrer historischer Größe und erfüllt uns wieder mit Hoffnung für die Liberale Partei.

## PERU

### Zur aktuellen Situation des Agrarsektors

#### Ondores — Ein Einzelfall?

Die Landbesetzungen der Bauern der Dorfgemeinschaft von San Juan de Ondores, Provinz Junin, in den Zentralanden gelegen, machen seit September 1979 Schlagzeilen in den linken Zeitschriften in Peru. Was ist geschehen?

Am 6. September 1979 besetzten über 2 000 Frauen und Männer der Dorfgemeinschaft San Juan de Ondores einen Teil der 243.000 ha großen SALS Túpac Amaru, einem staatlichen Genossenschaftsbetriebs, der 1970 im Zuge der Agrarreform gegründet wurde. Die SALS galt als 'Musterbeispiel' eines Viehwirtschaftsbetriebes für das Genossenschaftsmodell der peruanischen Regierung. Das von den Bauern beanspruchte Gelände ist als die Farm von Atocsaico bekannt, die 17.500 ha groß ist und ca. 220 km von der Dorfgemeinschaft San Juan de Ondores entfernt liegt.

#### Die SALS Túpac Amara und die Dorfgemeinschaft San Juan de Ondores

Die Dorfgemeinschaft San Juan de Ondores kämpft schon seit Jahrhunderten um die Farm von Atocsaico, die ihr im Jahre 1707 von spanischen Großgrundbesitzern gestohlen und 1902 an die große US-Minengesellschaft "Cerro de Pasco Copper Corporation" verkauft worden war. Da sie noch alte Besitztitel für ihr Komunalland Atocsaico vorweisen konnte, führte sie 11 Jahre lang ein Gerichtsverfahren gegen die Cerro de Pasco Corporation und erreichte, daß ihr das beanspruchte Gebiet vom Agrartribunal am 13. Nov. 1969 tatsächlich zugesprochen wurde. Im gleichen Jahr kam aber auch die neue Agrarreform zur Anwendung, die Cerro de Pasco Corporation wurde enteignet und auf ihren ehemaligen Ländereien wurde die SALS Túpac Amaru gegründet, welche Atocsaico weiterhin als Teil des Genossenschaftslandes beanspruchte. Die Bauern von San Juan de Ondores mußten ein weiteres Jahr warten, bis das Urteil von 1969 durch das oberste Agrartribunal am 2. Sept. 1970 bestätigt und Atocsaico den Bauern von Ondores endgültig zugesprochen wurde.

#### Die SALS hält sich nicht an die Gesetze

Trotzdem mußten die Bauern von Ondores erleben, daß von der Urteilsfällung bis hin zur praktischen Befolgung des Urteils ein weiter Weg zurückzulegen ist. Die SALS beanspruchte einfach weiterhin das Gelände von Atocsaico und legte Widerspruch gegen das Urteil vom 2. Sept. 1970 ein, obwohl Urteile des Agrartribunals laut Agrarreformgesetz nicht anfechtbar sind.

Die Dorfgemeinschaft wartete ungeduldig bis zum 6. Sept. 1979 bis vom zuständigen Landrichter in Cerro de Pasco nocheinmal das Urteil des Agrartribunals bestätigt wurde und zog erst dann mit ihrem Vieh in einem 24-Stunden-langen Marsch nach Atocsaico und baute dort die ersten Hütten auf.

Die SAIS begann sofort mit Einschüchterungsversuchen: sie versperrten die Straße nach Atocsaico und versuchten mehrfach das Vieh der Dorfgemeinschaft zu vertreiben. Außerdem erreichten die Verwalter der SAIS, daß schon am 2.10.79 das Agrartribunal in Lima ihren Einspruch anerkannte und das Urteil von 1969, das zugunsten der Dorfgemeinschaft lautete, aufhob und die Eingliederung von Atocsaico in die SAIS Tupac Amaru befahl. Danach verloren die Bauern nun die Geduld mit den Gerichten und weigerten sich Atocsaico zu verlassen.



### Wie die Bauern ihre Landnahme organisieren

Auf den Ländereien von Atocsaico haben sich die Bauern in 5 Sektoren aufgeteilt, je nach Bearbeitung des Geländes durch die Mitglieder der Dorfgemeinschaft. In jedem der 5 Sektoren wurden bescheidene Hütten aus Erde und Stroh errichtet. Im Umkreis der Hütten weidet das Vieh, für das es auf den wenigen Weiden von Ondores kein Platz mehr gab. Das Viehhüten, sowie die Milch-, Käse- und Wollherstellung werden in Gemeinschaftsarbeit erledigt. In allen 5 Sektoren wurde eine Guardia Campesina (Bauernwache) aufgestellt, die je nach Möglichkeiten zu Fuß oder zu Pferd die Grenzen bewachte und mit Steinschleudern und Bogen bewaffnet waren, die von den Frauen hergestellt wurden.

Die Söhne der Bauern von Ondores, die in den umliegenden Orten arbeiten, kamen jedes Wochenende mit Lebensmitteln und schlichen sich auf neuen Pfaden nach Atocsaico, um beim kommunalen Anbau zu helfen. Sie machten in Ihren Orten Propaganda für die Landbesetzung und sorgten dafür, daß andere an die SAIS angegliederte Dorfgemeinschaften sowie Minenarbeiter aus den in der Nähe gelegenen Bergbauzentren, sich mit Ondores solidarisiert haben.

### Verleumdungskampagne der SAIS

Die SAIS behauptete unterdessen auf einer Pressekonferenz, daß die Bauern von Ondores mit der "Besetzung" von Atocsaico einen Schaden von mehr als 100 Millionen Soles angerichtet hätten. Im November 1979 wurde bei der Untersuchung des Falls Ondores von einem Landgericht in Huanayo eine Veruntreuung in der Verwaltung der SAIS Tupac Amaru entdeckt. Demnach wurden fast 5 Millionen Soles (ca. 35 000,- DM) von dem Verwalter der SAIS und seinem Bruder, den er als Kassenwart angestellt hatte, hinterzogen. Bis heute sind aber noch keine gerichtlichen Schritte gegen die Verantwortlichen eingeleitet worden.

Am 9. Nov. 1979 gelang es einer Kommission bestehend aus Delegierten der Bauern von Ondores, einem Vertreter der CCP und einem Vertreter der CNA, mit dem Agrarminister, General Carlos Gamarra, zusammenzutreffen und ihm das mündliche Versprechen zu entlocken, es werde zunächst keine gewaltsame Vertreibung der Bauern von Atocsaico geben. Außerdem versprach der Agrarminister, sich für direkte Verhandlungen zwischen der Verwaltung der SAIS und der Dorfgemeinschaft von San Juan de Ondores einzusetzen. In diesen direkten Verhandlungen mit der SAIS wollten die Bauern die genauen Grenzen von Atocsaico abstecken, der SAIS die begrenzte Nutzung der Weiden von Atocsaico während bestimmter Monate des Jahres und die Eingliederung der Angestellten der SAIS in die Dorfgemeinschaft anbieten. Der Agrarminister hob aber trotz allem die richterliche Anordnung vom 26.10. 1979 zur gewaltsamen Räumung von Atocsaico nicht auf.

### Das Massaker

6 Tage vor Weihnachten, am 18.12.79 kommt es zur gewaltsamen Räumung von Atocsaico. Zwischen 3 und 4 Uhr morgens rückten - auf Wunsch der Angestellten der SAIS - 500 Sinchis (Spezialeinheit der Polizei zur Bekämpfung von Guerilleros) an, warfen Tränengasbomben, brannten die Hütten der Bauern nieder, verbrannten Weiden und Vieh und stahlen die wenigen Gebrauchsgegenstände der Bauern. Im Laufe des Überfalls, der sich durch äußerste Brutalität auszeichnet, werden 5 Bauern ermordet bzw. starben an den Folgen ihrer Verletzungen, 20 verletzt, 44 verhaftet und es kommt zu Vergewaltigungen einiger Bäuerinnen. Die Bauern werden von Atocsaico vertrieben und müssen in ihre Dorfgemeinschaft zurückkehren.

Am gleichen Tag wird Luna Vargas, Generalsekretär der CCP in Lima verhaftet, da die staatlichen Funktionäre die CCP-Führung als Verantwortliche des Konflikts darzustellen versucht ("Aufwiegler der Massen").

### Reaktion der peruanischen Linken

Die peruanische Linke reagiert mit Solidaritätsaufrufen und Kundgebungen für die Bauern von Ondores. Am 18. 12. und 27.12.79 veröffentlicht die Zeitschrift MARKA Unterschriftenlisten, in denen - mit wenigen Ausnahmen - alle linken Parteien und Persönlichkeiten gegen das repressive Vorgehen der Regierung protestierten. Die Asamblea permanente de Defensa de los Derechos Humanos (Menschenrechtsorganisation) organisiert vom 28.1.80 bis 3.2.80 eine Solidaritätswoche für die Bauern von Ondores.



### Fragen zum Agrarsektor

Die Auseinandersetzungen im peruanischen Agrarsektor haben sich den letzten Jahren kontinuierlich verschärft und über das ganze Land verteilt. Seit Juli 1979 kam es fast wöchentlich in den verschiedenen Regionen der Sierra zu Landnahmen, die von den repressiven Regierungsorganen z.T. brutal niedergeschlagen wurden. Die Pressemeldungen über die Probleme der Dorfgemeinde von ONDORES lieferten den Anstoß, um uns weitere Fragen zu stellen:

- Ist Ondores ein Einzelfall, oder ein **strukturelles** Phänomen in der Entwicklung des peruanischen Agrarsektors seit 1969? D.h. inwieweit hat die peruanische Agrarreform, die auf sozialreformistischen Zielsetzungen begründet war, die Widersprüche auf dem Lande nur verschärft, anstatt sie abzubauen?
- Was ist die Reaktion der Regierung auf diese Entwicklung? Wobei zu unterscheiden wäre zwischen den offiziellen Statements, die von Regierungsseite bzw. ihren Verbündeten abgegeben werden, und der konkreten Politik, die je nach Region und Druck der Basis auch unterschiedlich - teils widersprüchlich - zu sein scheint.
- Welche Position beziehen internationale Organisationen wie Weltbank, FAO, etc. zur Agrarfrage in Peru? Wie sehen ihre kurz-, mittel- und langfristigen Strategien aus bezüglich Peru? Wie und mit welchen Druckmitteln versuchen sie, ihre Politik in Peru durchzusetzen?

- Was bedeutet dies für die Versorgung der städtischen wie auch ländlichen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln? Chronische interne Nahrungsmittelverknappung bei gleichzeitigen Export von landwirtschaftlichen Produkten?
- Welche Bewusstseinsprozesse hat die peruanische Landbevölkerung bzw. die Klein- und mittelbauern sowie die Mitglieder der Dorfgemeinschaften (comunidades campesinas) durchlaufen? Was sind ihre Zielsetzungen, ihre Aktionen, ihre Organisationsformen? Welche Rolle spielt die 'revolutionäre' Bauerngewerkschaft CCP? Was ist das Verhältnis ihrer Führer zur Basis? Wie verhält sich die von der Militärregierung gegründete, früher 'reformistische' Bauerngewerkschaft CNA, die trotz offizieller Auflösung durch die Regierung (1979) weiter existiert und z.T. eine Bündnispolitik mit der CCP betreibt? Was sind ihre kurz-, mittel- und langfristigen Zielsetzungen?
- Wie verhält sich die peruanische Linke zu den Problemen der Bauern bzw. der Agrarproblematik? Wie sehen sie das Verhältnis: städtisches Proletariat / städtische Marginale / ländliches Proletariat? Was sind ihre Einschätzungen der Entwicklung des peruanischen Agrarsektors im Hinblick auf eine schrittweise 'Düvenkapitalisierung' einer 'peripheren, dominant kapitalistischen Gesellschaft'? Was bedeutet für Peru, für seine verschiedenen Landesteile und Regionen die Kennzeichnung 'strukturelle Heterogenität' einer dependenten Gesellschaft?

Obige Sammlung offener Fragen soll uns als Leitfaden dienen, in den folgenden Nummern der LA-Nachrichten in loser Reihenfolge Artikel zu veröffentlichen, in denen wir wenigstens ansatzweise versuchen wollen, die wichtigsten Aspekte der aktuellen Situation des peruanischen Agrarsektors zu umreißen.



SEMANA DE SOLIDARIDAD CON ONDORES Y

HUANCAMELICA Y ORGANIZACIONES EN LUCHA

Hiermit ruft die peruanische Gesellschaft zur Verteidigung der Menschenrechte zur Solidarität mit den Bauern von Ondores und Huancavelica auf.

Spendenkonto: PSA BlnW, Elfriede Kohut,

KtoNr. 380087-108

Kennwort: Peru - Ondores

# MEXICO

## Die weißen Brigaden: Der offizielle Terror

Jahrelang hatte die Regierung und die regierungstreue Presse in Mexiko geleugnet, daß es eine "Brigada Blanca", eine weiße Brigade, eine von der Regierung bezahlte Terror- und Mörderbande gäbe. Internationale Juristenvereinigungen und Amnesty International hatten die Regierung mehrfach auf geheime Gefängnisse und Folterzentren angesprochen, die sich der Unterstützung der Regierung erfreuen. Die Regierung hatte jahrelang behauptet, die Weiße Brigade sei nichts anderes als ein weißer Elefant in den Köpfen paranoischer Linker und Regimegegner. Inzwischen liegt der Beweis vor, daß es die Weiße Brigade gibt, daß sie eine Abteilung der mexikanischen Polizei ist, daß sie in einem Militärlager in der mexikanischen Hauptstadt ihr Quartier hat, und daß sie behördenintern auch Weiße Brigade heißt.

Das offizielle (und teilweise auch inoffizielle) Schweigen, das sich um die beamtete Mörderbande der Weißen Brigade gehüllt hat, war verständlich: wenige sind dieser folternden, brandschatzenden und mordenden Horde entkommen; die, die lebend entkamen, schwiegen häufig aus Angst vor Racheakten. Einige Fakten über die Weiße Brigade werden Anfang Januar 1980 in der mexikanischen oppositionellen Zeitschrift "PROCESO" veröffentlicht. Nach den vorliegenden Informationen handelt es sich bei dieser Truppe um die Nachfolgeorganisation des "Olympischen Batallions", jener Einsatztruppe, die für den Tod von tausenden von Studenten während der Demonstration am 2. Oktober 1968 auf dem Platz der Drei Kulturen in Mexiko verantwortlich ist.

Eine weitere blutige Spur hinterließ die Truppe bei einem Massaker am 10. Juni 1971 ebenfalls in Mexiko-Stadt, bei dem hunderte von Demonstranten ums Leben kamen; die Zahl der Verschwundenen ist bis heute genauso ungeklärt, wie die Anzahl der Toten. Die nächste Aufgabe dieser Einheit bestand in der Guerrilla-Bekämpfung, in deren Rahmen nahezu die gesamte mexikanische Guerrilla zerschlagen wurde.

Es kam dann 1976 zu einem für die Repressionsorgane schwerwiegenden Zwischenfall: die beiden führenden Köpfe der Anti-Guerrilla-Truppe hatten sich schändliches erlaubt: sie waren dabei ertappt worden, daß sie Industrielle erpreßten, die versucht hatten, sich der Zahlung von Steuern zu entziehen. Dafür wanderten sie ins Gefängnis und mit ihnen die Erfahrung und das Organisationstalent, das die beiden sich in langen Jahren blutiger Repression erworben hatten.

Nachdem die beiden aus dem Verkehr gezogen waren, versuchte die Regierung, aus Verbänden der Kriminal- und der Militärpolizei eine neue Truppe zu rekrutieren, eben jene "Weiße Brigade".

Die Haft der beiden Offiziere dauerte nicht lange; den vorliegenden Informationen zufolge wurden sie nach knapp einem Jahr wieder entlassen: die Weiße Brigade konnte auf diese "Kapazitäten" nicht verzichten.

Den Dokumenten und Informationen von PROCESO zufolge steht folgendes gesichert fest:

- Die weiße Brigade ist als "Brigade Nr.9 - Weiße Brigade" der Abteilung Verbrechensvorbeugung zugegliedert. Im öffentlichen Telefonbuch der Stadt Mexiko ist sie nicht aufgeführt: dort findet man die achte und die zehnte Brigade. Im behördeninternen Telefonbuch steht sie unter der o.a. Bezeichnung.
- Die weiße Brigade hat ihren Sitz im "Campo Militar número uno", dem Militärlager Nr. 1, das wie die Kasernen in aller Welt militärisch abgeschirmt und der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist.
- Das Personal der Brigade rekrutiert sich aus Polizisten, die vom Polizei-Präsidium der Stadt Mexiko und der dem Innenministerium zugeordneten Polizei abkommandiert werden.
- Auf dem Gelände des Militärlagers Nr.1 befindet sich ein geheimes Gefängnis, sowie Einrichtungen, mit denen die illegal verhafteten Personen gefoltert werden (Elektro-Schocks, Eintauchen in schmutziges Wasser und Fäkalien etc.)



Wenn ihr mit einer SCHWEIGENDEN MEHRHEIT rechnen könnt wie ihr sagt

Warum gebt ihr dann soviele Geld aus für Panzerwagen, Maschinenpistolen etc?

...genau deswegen zur Aufrechterhaltung der Unterstützung durch unsere Basis

um die Mehrheit schweigend zu halten

Die weiße Brigade übt ihren Terror offensichtlich im ganzen Lande aus und nimmt an den zuständigen Justizbehörden vorbei heimliche Verhaftungen aufgrund der Denunziation von Latifundisten, örtlichen Kaziken und Spitzeln der Geheimpolizei und der Geheimdienste vor. Der Terror richtet sich gegen oppositionelle Bauernführer, Intellektuelle, die das Volk in seinem Kampf unterstützen. Da das Eingreifen der Weißen Brigade aufgrund von Denunziationen erfolgt, gibt es keine Möglichkeit, sich zu verteidigen; darüber hinaus bleibt den Angehörigen der Festgenommenen der Aufenthaltsort unbekannt. Die Verhaftungen erfolgen häufig nachts, die Verhafteten werden meist mit Kleinflugzeugen nach Mexiko-Stadt gebracht, wo sich dann zunächst die Spur verliert.

Häufig werden ganze Familien festgenommen, alle die Personen, die sich zum Zeitpunkt der Festnahme im Hause befinden. Auf diese Weise hinterläßt die Festnahme und Verschleppung keine Spuren. Es sind Fälle bekannt und dokumentiert, daß sogar Kinder von etwas mehr als einem Jahr festgenommen und gefoltert wurden. Viele Fälle sind es nicht, die dokumentiert werden können. Diejenigen, die lebend das Militärlager Nr. 1 verlassen haben, schweigen häufig; die Zahl derjenigen, die es nicht lebend verlassen haben, ist unbekannt.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen und Verschwundenen beginnen sich zu organisieren, um Auskunft über den Verbleib Auskunft zu erhalten bzw. zu erzwingen. Die Regierung weigert sich in der Regel, präzise Auskünfte zu geben, da die Verschwundenen sehr oft tot sind; die Regierung müßte eingestehen, daß "argentinische" Verhältnisse in Mexiko Einzug gehalten haben, ein Eingeständnis, daß das Blattgold des vermeintlichen Demokratie-, Industrie- und Touristendorades abblättern ließe.

In jüngster Zeit beginnen einige der ehemals inhaftierten und gefolterten Mexikaner sich öffentlich über ihre Erlebnisse und Erfahrungen mit der Weißen Brigade zu äußern - ein Erfolg der Gruppen und Komitees, die sich in den vergangenen Jahren zunehmend mit dem Schicksal der politischen Gefangenen und der Verschwundenen befassen, und die in den wenigen kritischen Publikationsorganen wie PROCESO und der Tageszeitung 'uno más uno' eine erfreuliche Resonanz finden; angesichts der regierungs- und industrietreuen mexikanischen Zeitungen einerlei eine wichtige Bedingung für die Arbeit der Komitees.

Der Redaktion der Lateinamerika-Nachrichten liegen verschiedene Berichte über die Vorgehensweise der Weißen Brigade vor. Das Grundmuster dieser Bande ist immer das gleiche: Verhaftungen werden so vorgenommen, daß niemand darüber später berichten kann: entweder nimmt man die ganze Familie mit oder man fingiert Verkehrskontrollen, vorwiegend nachts und verschleppt einige Personen oder man verhaftet Personen, die sich auf einer Reise befinden. Diese Vorgehensweisen lassen darauf schließen, daß die Weiße Brigade über ein Spitzel- und Überwachungssystem verfügt, dessen Netz sich über das ganze Land gelegt hat.

Die Weiße Brigade ist eine korrupte Bande. Dazu aus den Schilderungen eines 22-jährigen Mannes, der mit drei Freunden auf einer Landstraße festgenommen worden war:

Von Cuernavaca brachte man mich nach Cuautla... Der Sinn dieser Überführung war, daß ich von meinem Onkel, der in dieser Stadt wohnt, Geld verlangen sollte, um es den Polizisten zu geben; dafür versprachen sie uns, daß sie uns nicht weiter foltern würden und uns frei ließen. Als wir dann im Hause meines Verwandten waren, und er sich weigerte, mir das Geld zu leihen, wurden sie auch gegen ihn gewalttätig und nahmen ihn fest, ohne daß seine Familie es merkte. Auf dem Rückweg zu dem Ort, an dem meine Freunde festgehalten wurden, sagten die Polizisten

zu meinem Onkel: 'Damit Sie Bescheid wissen, wir sind keine gewöhnlichen Polizisten, wir sind was Besonderes, wir sind von der Weißen Brigade!'

In anderen Fällen nehmen die Mitglieder der Weißen Brigade die ganze Familie fest. Ist im Haus dann niemand mehr, plündern die Polizisten und nehmen alles mit, was nicht niets- und nagelfest ist, gleich ob es sich verwerten läßt oder nicht.

Aus allen uns vorliegenden Zeugenberichten und aus anderen Quellen geht hervor, daß das Hauptquartier der Weißen Brigade tatsächlich im Militärlager Nr. 1 in Mexiko-Stadt ist. Dort werden die Festgenommenen unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten; winzige Zellen dienen der Unterkunft von zahlreichen Gefangenen. Bekommen die Festgenommenen überhaupt was zu essen - in den ersten Tagen bekommen sie häufig nichts - so sind die Speisen bereits angeschimmelt und ungenießbar.

Die Gefangenen werden teilweise jahrelang in den Kerkern der Weißen Brigade festgehalten. Zu einem Prozeß kommt es nie. Werden die Gefangenen überhaupt jemals freigelassen, so geschieht dies unter Drohungen und der Ankündigung, das "Spiel könne sich ja wiederholen". Wieviele Menschen den Fängen dieser Folterbande nicht lebend entkommen sind, wird nie bekannt werden. Man foltert die Gefangenen zu Tode oder "erschlägt sie wie reudige Hunde" - so A. Durazo, der Polizeichef von Mexiko-Stadt in einer öffentlichen Erklärung zum "richtigen" Umgang mit Aktivisten. Die Leichen werden irgendwo an einem Straßenrand abgelegt, um den Eindruck zu erwecken, es habe sich um ein gewöhnliches Verbrechen gehandelt.

Einer der bekanntesten Strafverteidiger Mexikos, der in den gezeigten Fällen, in denen es zu Prozessen gegen politische Gefangene kommt, immer wieder als Verteidiger auftritt, interpretiert die Weißen Brigaden als ein Instrument der Regierung, das ihr aus den Händen gegliedert ist und daß sie nicht mehr beherrscht. Die Regierung habe die Kontrolle darüber verloren.

Dem ist u.E. entschieden zu widersprechen. Nicht nur die oben zitierte Äußerung des Polizeichefs von Mexiko-Stadt, der empfiehlt, keine Gefangenen zu machen, sondern die Aktivisten wie Hunde zu erschießen, zeugt davon, daß die Weiße Brigade sich in das Repressionsystem Mexikos perfekt einfügt; auch die Tatsache, daß der Standort der Brigade in einem Militärlager liegt, zeugt davon, daß diese Terrorbande staatlichen Segen genießt. Den politisch Verantwortlichen in der mexikanischen Regierung ist das Repressionsinstrument nicht aus den Händen gegliedert, sondern es sieht eher so aus, daß sie dem staatlichen Terror freie Hand lassen, weil sie ihn nicht kontrollieren wollen.

## Zwei Interviews

Wir veröffentlichen im folgenden zwei Interviews mit Vertreterinnen der beiden Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und Exilierten. Das Interview mit Judit Reyes, Vertreterin des Unabhängigen Nationalen Komitees wurde in Berlin geführt; das mit Rosario Ibarra de la Piedra, Repräsentantin des Nationalen Komitees führte unser Redaktionsmitglied in Mexiko-Stadt.

Die Redaktion hat sich entschlossen, beide Komitees zu Worte kommen zu lassen. Das Unabhängige Komitee ist von parteipolitisch nicht-gebundenen Personen getragen, in dem anderen Komitee arbeiten vor allem Mitglieder und Sympathisanten der mexikanischen Linksparteien mit. Beide Komitees setzen sich für alle Genossen ein, die aus politischen Gründen in Mexiko verfolgt, verhaftet werden, die verschwunden sind oder die ins Exil gehen mußten.

### Interview mit Rosario de la Piedra

In Mexiko wurde am 12. Dezember 1979 die "Nationale Front gegen die Repression" gegründet. An ihr beteiligen sich über 50 unabhängige Gewerkschaften, Campesino-Bewegungen, Siedler-Organisationen der "barrios populares", Schüler- und Studenten-Gruppen und die linken politischen Parteien. Die Gründung der "Front" mit einer derart breiten Beteiligung ist nicht nur ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Repression, sondern auch das erste Projekt seit längerer Zeit, das eine Vereinigung der mexikanischen Linken andeutet. Im folgenden Gespräch beschreibt Rosario Ibarra de la Piedra vom "Nationalen Komitee zur Verteidigung der politischen Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und Exilierten" die Entwicklung seit dem Hungerstreik im Winter 1978 und der Amnestie im Frühjahr 1979.

Das Gespräch fand am 29.1.1980 in Mexico D.F. statt.

Frage: Was ist in der Zeit seit dem Hungerstreik im Winter 1978 und der Amnestie passiert?

Rosario Ibarra de la Piedra: Damals hat uns die Regierung erpresst. Man sagte zu uns: Hören Sie auf mit dem Hungerstreik, dann werden Sie auch eine positive Antwort erhalten und bald Ihre Söhne wiedersehen. Wir haben den Hungerstreik abgebrochen, sind wieder in die Regierungsbüros gegangen, aber dort zog man sich nach und nach von den Versprechen zurück und versuchte, uns von neuem mit Ausflüchten abzuspeisen. Das einzige, was sie eigentlich von uns wollten, war, daß wir mit dem Hungerstreik aufhörten. Wir, das heißt die Leute vom Komitee, haben damals gelernt - einmal mehr gelernt, weil, eigentlich war das ja eine alte Erfahrung -, daß Druck das einzige ist, was die Jungs aus dem Gefängnis herausbringen kann, die Männer und Frauen, die Alten und die Kinder - ein breiter politischer Kampf, an dem weite Teile der Bevölkerung teilnehmen, mit großer Öffentlichkeit und mit viel politischem Bewußtsein. Wir mußten klar machen, daß die Forderungen des Komitees - die Präsentierung der Verschwundenen also und eine Generalamnestie ohne Bedingungen - keine Forderungen eines isolierten Sektors sind, sondern, daß sie aus dem Volk kommen, vor allem aus seinen produktiven Teilen, von den Arbeitern. Wir nahmen uns also vor, in Zukunft nur noch in diese Richtung zu arbeiten: Schluß mit dem Gerenne zu den Behörden, das konnten wir von da an vergessen. Wir waren zu dem Ergebnis gekommen, daß die Verschwundenen und Gefangenen genau deshalb im Gefängnis sind, weil sie für die Forderungen der verschiedenen Sektoren des Volkes eintraten. Daher konnten die Forderungen des Komitees nicht ausschließlich unsere sein, sondern es mußte eine Verpflichtung für alle Bewegungen werden, ihre Kämpfer aus dem Gefängnis zu holen. Wir gingen also zu den Gewerkschaften, vor die Fabrikatoren, zu den Bauern und zu den Bewohnern der "colonias populares" und riefen sie zur Gründung einer gemeinsamen Front auf und zu einem Treffen im August. Am 10. und 11. August kamen 33 Organisationen. Auf dieser Sitzung wurde die "Front" noch nicht gegründet, man sprach nur über die Möglichkeiten und benannte Förderungskomitees in der ganzen Republik. Einige Tage später veranstaltete die Universität Sinaloa ein "Nationales Forum zur Präsen-

tierung der Verschwundenen und für eine General-Amnestie". An diesem Forum nahmen ungefähr 400 Leute teil, Repräsentanten der verschiedenen Organisationen, die sich alle in einem einig waren: der Gründung einer gemeinsamen Front gegen die Repression. Auf dem Forum wurde eine weitere Koordinationsstelle gebildet, um noch mehr Kontakte zu knüpfen. Wir im Komitee arbeiteten inzwischen weiter und sagten: Machen wir eine große Demonstration am 10. Dezember, am Internationalen Tag der Menschenrechte, machen wir diesen Marsch und sehen wir, ob die Bedingungen für die Gründung der "Front" schon gegeben sind. Ungefähr 20.000 Leute kamen zur Demonstration und wir meinten: Offenbar sind die Bedingungen da, also gründen wir die "Front". Am 12. Dezember konstituierte sich die "Nationale Front gegen die Repression".

Frage: Was hat die "Front" vor, wie will sie arbeiten?

Rosario Ibarra de la Piedra: Vor ein paar Tagen, am 26. Januar, hatten wir eine zweite Vollversammlung. Aus der ganzen Republik kamen Vertreter der Organisationen und auf der Sitzung beschlossen wir einen nationalen Arbeitsplan. Zum einen werden wir eine Reihe von großen Veranstaltungen organisieren, die zur gleichen Zeit in verschiedenen Städten stattfinden sollen: Am 10. Juni eine Demonstration, das ist der Jahrestag eines Massakers an Studenten, das 1971 war. Am 1. September eine zweite Veranstaltung, das ist der Tag, an dem der Präsident seinen Jahresbericht abgibt. Am 1. September wartet das ganze Land auf das, was der Präsident sagt. Und weil er schon seit zwei Jahren von den Verschwundenen spricht, ohne daß in dieser Zeit etwas passiert wäre, werden wir eben weiter Druck ausüben. Dann eine andere Veranstaltung am 2. Oktober. Das ist ein historisches Datum in Mexiko, das man im Kampf einfach nicht übergehen kann. (1968, Massaker von Tlatelolco, bei dem mehrere hundert Menschen ermordet wurden, d.Red.) Und schließlich eine Veranstaltung am 10. Dezember, dem Jahrestag des Marsches, der den Beginn eines sehr breiten Kampfes markiert. Die "Front" selbst wird genau bestimmte Strukturen haben: Es gibt Statuten... wie sie funktionieren wird, wer was bestimmt, was die Rechte sind und was die Pflichten. Es gibt einen Finanzplan... denn ohne Geld können wir überhaupt nichts machen. Schließlich gibt es einen Aktionsplan, der neben der Durchführung der Veranstaltungen, die ich nannte, noch andere Dinge enthält: Wir planen ein Training für alle, die mitarbeiten, um zu üben, wie man Leute agitieren und von der Notwendigkeit der "Front" überzeugen kann. Dokumentation und Verarbeitung von Daten, Aufbau eines Archivs mit allen Fällen von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko... gut geordnet und an verschiedenen Orten untergebracht, damit die Polizei nicht herankommt. Das Archiv werden wir auch an internationale Organisationen weitergeben, an Zeitschriften wie "Proceso", an Leute, die im gegebenen Augenblick sagen können: Was ist mit dem und dem passiert? Der ist da und da verschwunden. Daneben werden wir auch ein bißchen die legalen Aspekte nutzen, die wir bisher beiseite gelassen haben, weil in Mexiko die Justiz nicht funktioniert. Die Gesetze, die von der Regierung gemacht werden, werden von derselben Regierung gebrochen. Wir werden also auch das benutzen, um alle Beteiligten zufriedenzustellen. Immerhin gibt es Leute, die nicht damit einverstanden sind, einen politischen Kampf zu führen: Nein, nein, das will ich nicht, was nützt mit das Komitee, wenn es nur herumschreit und Märsche veranstaltet, ich will, daß alles legal zugeht ... wir werden das also nicht einfach ignorieren.

Frage: Sehr Ihr schon erste Ergebnisse?

Rosario Ibarra de la Piedra: Ja. Zum Beispiel war es am vergangenen

10. Dezember sehr wichtig, daß so viele Leute dabei waren. Das hat die Regierung ziemlich nervös gemacht und sie haben einige verschwundene Genossen freigelassen. Der Marsch war am 10., die "Front" wurde am 12. gegründet und am 15. kamen die Genossen raus. Warum? Weil zu spüren war, daß dahinter eine große Kraft steckt, die weiter wächst. Da hat man eben ein paar Genossen rausgelassen, damit wir uns ein bißchen beruhigen. Aber im Gegenteil: Damit zeigt man uns, daß wir die richtige Politik verfolgen, daß wir weiter kämpfen und ihnen richtig zusetzen müssen. Ein anderes Beispiel: Eine Genossin ist im vergangenen Jahr aus einem geheimen Gefängnis herausgekommen. Man hat sie freigelassen, als das Forum in Sinaloa war. Das heißt, jedes Mal, wenn wir unsere Kraft zeigen, kommen ein paar raus. Im vorletzten Jahr, als wir die nationale Kampagne für die Amnestie begannen, haben wir etwas organisiert, was der "Front" schon ähnlich war: die Nationale Repräsentative Kommission. Damals ließen sie sieben Verschwundene aus Sinaloa frei. Das ist es also, was etwas nützt.

Frage: Wie ist die Verbindung des Komitees zu den anderen Gruppen in der "Front"?

Rosario Ibarra de la Piedra: Es gibt Leute im Komitee, die meinen, daß wir uns nicht in die Forderungen von allen einmischen sollen. Sie sagen: Das sieht sehr schlecht aus, die Mütter der Verschwundenen, die gegen die Teuerung kämpfen... aber warum? Wenn das die Forderungen des Volkes sind, wie kann das schlecht aussehen? Das ist es gerade: Wir sind nicht isoliert, sondern sind ein Teil von allen. Zum Beispiel in Monterrey, einer Stadt voller Fabriken: Ich gehe in die Fabriken und zu den Gewerkschaften, um mit den Leuten zu reden. Das schafft ein Bewußtsein. Sie sagen: Die Frau kämpft ... und wir, warum schauen wir nur zu? Das ist eine sehr schöne Sache. Oder wenn die Genossinnen kommen, die man gerade aus den geheimen Gefängnissen herausgelassen hat und die wir mitnehmen, damit sie mit den Arbeitern sprechen: Compañeros, sind wir denn zurückgeblieben? Sehr Euch diese Genossin an, was die für einen Mut hat,



Demonstration des "Nationalen Komitees..." vom 10.12.79. In der Mitte Rosario Ibarra de la Piedra (mit dem Bild ihres verschwundenen Sohnes)

ein Mädchen von 23 Jahren, die uns erzählt, wie man ihre kleine Tochter von 14 Monaten vor ihren Augen gefoltert hat ... und wir stehen mit verschränkten Armen 'rum, weil sie uns den Lohn um ein, zwei Prozent erhöht haben... nein, das geht nicht! Das alles motiviert zum Kämpfen. Ich glaube, und das ist keine Übertreibung, das ist keine Angeberei, ich glaube, daß diese "Front" der Anfang einer neuen Etappe in der Geschichte des Kampfes in Mexiko ist. Schon seit zwei Jahren bringt das Komitee und nun die "Front" die Linke zusammen, die zersplitterte mexikanische Linke, die sektiererische Linke - diese "Front" und besonders das Komitee waren die Achse. Aber warum? Nicht, weil wir einige Frauen sind, angeblich mit einer großen moralischen Autorität... nein, sondern, weil die Forderungen des Volkes sich an uns alle richten. - Es gibt Organisationen, die möchten die "Front" und besonders das Komitee am liebsten in eine "caudillo" verwandeln. Das ist ein Fehler. Zum Beispiel sagen einige Organisationen, daß die Frau Piedra und die Genossin Viqui die Achsen des Bündnisses sein sollen. Ich sage ihnen: Nein, das ist "caudillismo". An dem Tag, an dem uns etwas zustößt, was wird da sein? Alles fällt in sich zusammen. Oder durch einen Irrtum von uns verfeinden sich alle Organisationen untereinander...nein. Hier geht es darum, daß das ganze ein strukturierter, organisierter Block ist, in dem alle ihre Stimme haben und das Recht zu sprechen, eine kleine Demokratie. Und daß von da aus die Übereinkünfte getroffen werden und wir gemeinsam kämpfen. Wenn ein Stück herausfällt, wird es durch ein anderes ersetzt, es darf kein Teil geben, das nicht zu ersetzen wäre, niemanden, der oben sitzt und sagt: Du machst dies und du machst jenes ... Wo Du willst, finden die Diktaturen ihr Ende mit dem Kampf des Volkes, sie funktionieren einfach nicht mehr.



## Interview mit Judit Reyes

Frage: Die mexikanische Regierung leugnet, daß es in Mexiko politische Gefangene gibt. Über soziale Unruhen in Mexiko wird hier wenig bekannt. Wie ist die Lage tatsächlich?

Judit Reyes: In Mexiko gibt es ernste Probleme. Das Vorhandensein von politischen Gefangenen ist das Ergebnis des Kampfes eines Volkes, das im Unrecht lebt, in einem sehr korrupten System lebt. Die Korruption äußert sich auf allen Ebenen und mit ihr vor allem Korruption der Regierung. Das ist nicht nur meine Meinung, das kann man tagtäglich in der Presse nachlesen.

Die Bauern kämpfen weiterhin um das Land. Der mexikanische Bauer ging mit Zapata in die Revolution, die die Landverteilung als eines ihrer Hauptziele hatte. Es kam dann die Revolution, eine Million mexikanischer Bauern starben. Nach der Verabschiedung der Verfassung von 1917 war das vorläufige Ziel erreicht, dann wurde die Etappe der "Befriedung" eingeleitet, wie man das so nennt. Der Artikel 27 der Verfassung ist großzügig, da er die Verteilung des Landes an die Bauern anbietet, falls diese es organisiert fordern. Die Bauern müssen die Existenz eines Großgrundbesitzes nachweisen und die Umverteilung verlangen.

In der Praxis sieht es aber so aus, daß die Anträge liegen bleiben, und zwar Jahrzehnte lang. Der Verwaltungsvorgang schlägt auf die Bauern zurück, denn es beginnen Repressalien, Aggressionen und Diffamierungen. Man brennt den Bauern die Häuser ab, vergewaltigt die Frauen, man kerkert sie ein, sie werden gefoltert, sie verschwinden... So hat die Eingabe nichts genützt, denn im Artikel 27 gibt es auch eine Klausel, die die Großgrundbesitzer schützt. Es wird ein Unantastbarkeitszertifikat ausgestellt, das den Vollzug der Enteignung um 25 bis 30 Jahre hinausschiebt. In diesem Zeitraum kann man nichts machen, der Großgrundbesitzer ist sich seines Landes sicher; und 25 bis 30 Jahre, das ist ein ganzes Leben...

Die Erfahrungen haben die mexikanischen Bauern gelehrt, daß das Gesetz für sie nicht funktioniert, aber sehr wohl für die Großgrundbesitzer. Wenn die Bauern zu dieser Überzeugung gelangen, beginnen sie ihre Kampfformen zu ändern. Sie nehmen sich das Land, beteiligen sich an Besetzungen der Großgrundbesitze. Das führt dazu, daß die Großgrundbesitzer von der Regierung Garantien verlangen, die natürlich sofort die Armee schickt, um die Latifundien zu schützen. Noch nie ist aber die Armee geschickt worden, um die Bauern zu schützen, wenn sie von ihren Parzellen vertrieben werden, wenn ihre Ernte verbrannt wird, oder wenn die Privatpolizisten der Großgrundbesitzer sie bedrängen. Die Armee schützt stets die Latifundisten, die Viehzüchter, die Mächtigen....

Frage: Gibt es gegenwärtig Landbesetzungen in Mexiko?

J.R.: Ja, und die Repression nimmt zu. Heute werden mehr Bauern umgebracht als früher, Landbesetzungen finden im ganzen Lande statt, und die Staaten von Oaxaca, Puebla, Veracruz, Guerrero,

Das Interview mit Judit Reyes ist eine redaktionelle Zusammenfassung des Gesprächs, das über zwei Stunden dauerte; aus Platzgründen können wir nur Teile des Interviews veröffentlichen.

Hidalgo... diese ganze Gegend ist sehr explosiv geworden wegen des vorhandenen Elends und wegen des wachsenden Organisationsgrades der dortigen Bauern. Die Regierung schickt immer mehr Armee in diese Gegenden, um diese Organisationen zu zerschlagen.

Frage: Die Regierung behauptet, gegen die Rauschgifthändler vorzugehen. In Wirklichkeit geht es doch wohl um die Bauern und um die Guerrilleros. Anfang der siebziger Jahre hatte die mexikanische Guerrilla eine beachtliche Stärke. Wie ist die Situation heute?

J.R.: Die Periode der "Befriedung" des Landes begann 1917, als die Ziele der Revolution als erreicht angesehen wurden. In Wirklichkeit hat der Kriegszustand für die Bauern und für die Indios nie aufgehört. Sie wurden stets durch die Armee und die Privatpolizei der Großgrundbesitzer bekämpft. Es hat stets bewaffnete Kämpfe gegeben, die Guerrilla hat der mexikanischen Regierung echte Probleme bereitet, deshalb diese ungeheure Repression, denn der Kampf wurde von der breiten Unterstützung des Volkes getragen und belebt. Deshalb wurde die Bevölkerung schwer mißhandelt, um der Guerrilla die Unterstützung zu entziehen. Dennoch gibt es auch heute noch bewaffnete Gruppen in der Sierra.

Frage: Der Kampf der Guerrilleros steht also in enger Verbindung mit dem Kampf der Bauern?

J.R.: Natürlich, es sind ja hauptsächlich Bauern. Erst nach 1968 haben sich viele Jugendliche aus den Städten der Guerrilla angeschlossen. Als während der Studentenbewegung die Studenten feststellten, daß es keine gesetzlichen Möglichkeiten für die Lösung ihrer Probleme gab, sind sie in die Illegalität gegangen.

Gegenwärtig wächst wieder die Kampfbereitschaft der Studenten. Die Politik der Regierung Echeverría hatte einen starken Einfluß. Die Politik des Dialogs hatte ihre Erfolge und viele Leute sind umgekippt. Echeverría hat viele der ehemaligen Studentenführer integriert, ihnen zum Teil hohe Jobs gegeben. Diese Leute, die damals zum Teil in Gefängnissen gesessen haben, glaubten, ihren Kampf in den Institutionen fortführen zu können....

Frage: Worin unterscheidet sich qualitativ die "demokratische Öffnung" von Echeverría von der neuen Politik der "politischen Reform" unter López Portillo?

J.R.: Die "demokratische Öffnung" öffnete der Opposition die Türen zum Staatsapparat, vor allem den Führern. Da wir so abhängig von den Führern sind, machen wir alles, was die jeweiligen Führer sagen. Sie wissen das, locken die Anführer der verschiedenen Gruppen an und berauben die Bewegung ihrer Köpfe. Dabei wurde der Anschein erweckt, als habe sich die Regierung verändert. Das war eine Lüge!

Der Unterschied ist, daß die "demokratische Öffnung" den Eindruck erweckte, man könne wieder frei reden, opponieren. Nun, das war nicht so! Und jetzt kommt die "politische Reform", und es heißt, wir werden die Opposition legalisieren. Mit der "politischen Reform" geben sie der bis dahin illegalen KP die Gelegenheit, und sie erhält ihre Zulassung. Auch andere Parteien wurden legalisiert und es bildete sich die linke Koalition.... Nur die PMT (Partio Mexicano de Trabajadores) erhielt keine Zulassung, sie wollte keine Auflagen, und das spricht für sich.

Die linke Koalition (im Parlament) hat bedauerlicherweise nicht einmal einen Aufschub von Gesetzesinitiativen verlangt, die die Interessen des Volkes beeinträchtigen. Die Mehrwertsteuer wurde nicht diskutiert, es wurde schlichtweg zugestimmt. Diese linke Koalition nützt dem Volke wenig, der Regierung, dem Staat, der Bourgeoisie aber viel. Sie können gegenüber aller Welt jetzt sagen, "die Opposition ist im Parlament". Der Regierung kommt es gelegen, da sie jetzt verkünden kann, Mexiko sei ein Land ohne Probleme, daß es eine Demokratie gäbe, daß jeder seine Meinung sagen kann, daß die Institutionen gefestigt seien, kurz - ein Land, in das du dein Kapital investieren kannst. Das interessiert den Staat, die Investitionen. Wenn es sich erst herumspricht, daß es in Mexiko Probleme gibt, dann beginnen die Zweifel, das Kapital wird zögern, zu investieren. Deswegen ist die Selbstdarstellung vor der Weltöffentlichkeit so wichtig für sie. Es muß der Eindruck erweckt werden, daß es keine sozialen Probleme gäbe, daß dort alle Welt glücklich sei, ausgebeutet zu werden, und offensichtlich sind wir damit ja ganz glücklich, oder?

Frage: Gibt es Wahlverfälschungen?

J.R.: Klar. Die alte Praxis des Wahlurnenklaus wird fortgesetzt. Wir werden das demnächst wieder sehen, wenn in sieben Bundesstaaten der Gouverneur wechselt. Es gab Wechsel der Abgeordneten und es wurden Wahlverfälschungen angezeigt. Die Leute von der Acción Nacional (rechtsradikale Partei) haben verkündet, daß der PRI (Regierungspartei) die Urnen geklaut hat. In Oaxaca haben sie gerade einen Genossen von der PS (Partido Socialista) ermordet, der die Unregelmäßigkeiten angeprangert hatte. Es kommen wieder die Zeiten, in denen man sich wegen Wahlangelegenheiten gegenseitig umbringt. Das hatte etwas nachgelassen, die Leute hatten eingesehen, daß der PRI sowieso alles gewinnt.

Frage: Hat der Erdölreichtum Mexikos, der sich für die Massen wohl nicht positiv auswirkt, am politischen Bewußtsein etwas geändert? Wie organisiert sich das Volk auf Stadtteilebene, in den Städten, auf zentraler Ebene?

J.R.: Es gibt durchaus eine Tendenz der Organisation auf nationaler Ebene, aber diese Dinge müssen allmählich entstehen, denn falls eine Organisation entsteht, die zur Artikulation des gesamten Protestes in der Lage ist, wird die Regierung es nicht zulassen. Die Regierung wird das Entstehen einer solchen Organisation zu verhindern suchen. Deshalb müssen sich die Leute im Untergrund organisieren, sonst wird es nichts. Denn es werden nur Organisationen zugelassen, die das Regime unterstützen, aber eine Front, die hinterfragt, protestiert und all das ablehnt, wird nicht hingenommen werden.

Sie werden darauf hinwirken, daß das Volk weiterhin atomisiert bleibt. Das gibt ihnen ihre Sicherheit. Nun, bezogen auf das Erdöl, da ist zwar Reichtum, aber er kommt nicht bis zum Volk. Der Staat schafft zwar ein paar Arbeitsplätze, aber sie werden das Problem der Arbeitslosigkeit damit nicht lösen. Die Menschen wissen, daß Mexiko ein reiches Land ist, der Reichtum ihnen aber nicht gehört.

Dieser Reichtum ist aber da, und die Menschen wissen, daß sie ihn nur erlangen können, indem sie sich organisieren und kämpfen, und das ist ein sehr, sehr langer Weg, besonders aufgrund der spezifischen Bedingungen Mexikos; es ist ein sehr großes Land mit vielen Bewohnern, und die mexikanische Revolution lastet noch auf uns. In den Ländern, in denen es keine Revolution gegeben hat, sind die Menschen für neue Ideen aufnahmebereit. Aber in Mexiko herrscht Verwirrung, da es ja eine Revolution gegeben hat. Die Mehrheit der Mexikaner ist zwar unzufrieden, sie rebellieren, aber es gibt kein Klassenbewußtsein. Das ist erst im Entstehen, und die Lebensumstände tragen zur Entstehung dieses Bewußtseins bei.

Ich betrachte die Situation in Mexiko als schlimm, da die Menschen verzweifelt sind wegen des Unrechts und des Elends, aber wichtiger als die Verzweiflung ist die Schaffung eines Klassenbewußtseins; wichtiger ist es zu wissen, warum wir arm sind. Wenn jeder in den Organisationen dieses Bewußtsein hat, werden wir eine Macht sein, die man nicht so leicht beseitigen kann. Bislang sind wir leicht verwundbar, da dieses Bewußtsein fehlt.

Frage: Was für Auswirkungen hat die "eingefrorene" Revolution auf das Bewußtsein der Menschen heute? Ist eine Revolution als Mittel der Veränderung abgeschrieben?

J.R.: Nein, diese Schlußfolgerung kann in Mexiko nicht gezogen werden. Die Menschen auf der Straße, die Tamales-Verkäuferinnen an der Ecke, der Limonadenverkäufer, sie alle sagen, man muß eine Revolution machen. Die Schweine an der Regierung müssen aufgehängt werden.

Frage: Worin siehst Du die Aufgabe Eures Komitees?

J.R.: Ich spreche hier im Namen des "Unabhängigen Nationalen Komitees zur Verteidigung der politischen Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und Exilierten". Wir wollen die internationalen Solidaritätsorganisationen ansprechen, wie Amnesty International, die Menschenrechtskommission etc., und sie bitten, uns zu helfen, da heute viele Mexikaner in Gefängnissen sitzen, und es viele Personen gibt, die als verschwunden gelten. Wir wollen, daß die Regierung darüber Auskunft erteilt, was sie mit ihnen gemacht hat. Bei einer Gelegenheit hat der Generalstaatsanwalt Oscar Flores Sanchez behauptet, sie seien in einem Kampf gefallen. Welcher Kampf? Wieso wurde der Öffentlichkeit niemals bekanntgegeben, daß es in Mexiko Kämpfe gibt. Er soll sagen, wo die Toten sind, wo die Kämpfe stattgefunden haben. ... Schließlich sind das die Aussagen eines hohen Funktionärs.

Der Gouverneur von Guerrero, Rubén Figueroa, sagt es ganz direkt: "Wozu sucht Ihr sie noch? Sie sind bereits tot. Wenn sie gekämpft haben, werden wir sie gewiß nicht mit Blumen und Bonbons begrüßen. Sie sind tot, also hört auf, sie zu suchen." Das ist alles, was er zu sagen hat. Es sind viele Menschen verschollen, auch Kinder, und wir brauchen die Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit. Man muß die mexikanische Regierung fragen, was mit diesen Menschen geschehen ist, wo sie sind, es sind schließlich über 500 Verschollene!

## Spendenaufwurf »Exilhilfe Lateinamerika«

Spätestens seit den Tagen des Militärputsches in Chile im September 1973 ist die Situation lateinamerikanischer Exilanten in das Bewußtsein der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik gelangt.

Die Konferenz über Exil und Solidarität, organisiert von der Fondazione Lelio Basso (Rom), der Universidad Central de Venezuela (Caracas) und der Universidad de Los Andes (Mérida) stellte im Oktober 1979 in Mérida (Venezuela) fest, daß der lateinamerikanische Kontinent ohne Übertreibung als Kontinent der Emigration zu bezeichnen ist. In den Ländern Uruguay und Paraguay wird gar von "Entvölkerungstendenzen" gesprochen, während der Konferenz fiel das Wort vom "Kulturellen Völkermord".

Angesichts dieser Entwicklung ist die demokratische Öffentlichkeit auch in der Bundesrepublik Deutschland gefordert, sich der lateinamerikanischen Exilanten anzunehmen.

Nicht allein die politischen Hoffnungen, die gerade in Lateinamerika unmittelbar verknüpft waren mit einem Mehr an Menschlichkeit, sind grundlegend durch die Herrschaft des militarisierten Staatsterrors in Frage gestellt worden, sondern die Exilsituation selbst birgt eine so große psycho-soziale Belastung für Kinder, Frauen und Männer aus Lateinamerika, daß die häufig krisenhafte Zuspitzung dieser Belastungen nicht nur eines demokratischen, politischen Organisationszusammenhangs bedarf, sondern nicht selten therapeutische Maßnahmen notwendig sind, um die Exilsituation nicht zu einer Situation vollkommener Persönlichkeitszerstörung werden zu lassen.

Aus diesem Grunde unterstützen wir mit diesem Aufruf ein Projekt für psycho-soziale Beratung und Therapie in Frankfurt, das von lateinamerikanischen Psychologen und Beratern aufgebaut wurde. Neben der Notwendigkeit sich in anderen Regionen um den Aufbau ähnlicher Einrichtungen zu bemühen, ist die Arbeit des Frankfurter Zentrums nur möglich, wenn die Exilanten sich zu mehrtägigen Einzel- und Gruppengesprächen nach Frankfurt begeben. Damit verbundene Kosten müssen grundsätzlich die jeweils zuständigen Krankenkassen oder Sozialämter bezahlen. Da es dabei jedoch oft Schwierigkeiten gibt, entstehen für die Exilanten selbst häufig enorme finanzielle Belastungen. Diese sollen durch Spenden verringert werden.

Wir fordern vorallem diejenigen Sozialarbeiter, Lehrer, Psychologen, Therapeuten und Berater - alle im Sozialisations- und Beratungsbereich Tätigen - auf, die Exilanten, die eine psycho-soziale Beratung oder Therapie in Frankfurt benötigen, beim Aufbringen ihrer Fahrtkosten zu unterstützen.

Wir bitten um eine Spende auf das Konto des LATEINAMERIKA-KREISES - Essen-.

Konto: Karin van Aarsen, Stadtparkasse Essen, Nr. 5 001 953  
Stichwort "Exilhilfe"

LATEINAMERIKA-KREIS (Essen)  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN (Berlin)

lateinamerika-kreis (essen), c/o karl-heinz klein, meybuschhof 52,  
4300 essen 12



DEPARTAMENTO  
DEL  
DISTRITO FEDERAL

FORMA C-1

DEPENDENCIA: DIRECCION GENERAL DE  
POLICIA Y TRANSITO DEL D.F.  
DIVISION DE INVESTIGACIONES PARA  
LA PREVENCION DE LA DELINCUENCIA

SECCION: LA PREVENCION DE LA DELINCUENCIA

MESA: PERSONAL Y DETALL GENERAL

NUMERO DE OFICIO: 1845/79

EXPEIENTE: A

ASUNTO: SE LE REVITE MIETO PERSONAL.

México, D.F., a 15 de Noviembre de 1979.

V.  
C. MAYOR INSPECTOR MARCOS M. CARRASCO  
JEFE DE LA BRIGADA BLANCA.  
CAMPO MILITAR NUMERO UNO.  
P R E S E N T E .

POR ORDEN DEL C. JEFE DE LA DIVISION DE INVESTIGACIONES PARA LA PREVENCION DE LA DELINCUENCIA, CORTE FRANCISCO SARAGUA BACA, de conformidad a su solicitud de fecha 12 de los corrientes, con el presente se le remite el siguiente personal 1, que a partir de este momento estará bajo sus ordenes:

Agente No. 175 RODOLFO BONILLA RODRIGUEZ  
Agente No. 329 LIONEL ARROYO TELLEZ.  
Agente No. 1048 ROGELIO GARCIA CASTILLO.  
Agente No. 1325 a JUAN HERNANDEZ RICO.  
Agente No. 1288 RAYMUNDO GUSMÁN AYALA.  
Agente No. 1588 ROBERTO RODRIGUEZ NUÑEZ.  
Agente No. 1916 MARIO CAERERA TAPIA.  
Agente No. 2018 RODOLFO PLANCO RODRIGUEZ.  
Agente No. 2242 VICENTE VIVIEROS RODRIGUEZ.  
Agente No. 2115 WILBERTO MANUEL BRAVO.



El personal anterior personal, tiene bajo su cargo 42 elementos de la Brigada de Investigaciones para la Prevención de la Delincuencia.

DIRECCION GENERAL DE POLICIA  
Y TRANSITO DEL D.F.  
OFICINA DE DETALL  
O.I.P.D.

A T E N T A M E N T E .  
SUFRACIO EFECTIVO. NO REELECCION.  
EL JEFE DE LA OFICINA DE DETALL.

TELENTE AGENTE J. GUADALUPE ZAMORA V.

M.C.Z/mjs.

AL CONTINAR EN EL OFICIO, CONSERVAR LOS DATOS  
CONTENIDOS EN EL CUADRO DE ARCHIVO SUJETO  
DEBIDO

Brief des Departamento del Distrito Federal (Stadtverwaltung von Mexiko-Stadt) an den Kommandeur der „Weißen Brigade“; dabei ist durch die ausdrückliche Adressierung der Beweis für die Existenz der „Weißen Brigade“ und deren Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen erbracht.

## Guatemala

### GRUNDSATZERKLÄRUNG

der Solidaritätsbewegung für das Volk von Guatemala in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Februar dieses Jahres fand das erste nationale Treffen der Guatemala-Solidaritätsgruppen in der BRD statt. Die Ziele und Aufgaben der Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Guatemala wurden erarbeitet und für die nächste Zeit festgelegt.

Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

- Die Guatemala-Gruppen in der BRD werden den Widerstand des guatemalteckischen Volkes gegen die wachsende Repression des Volkes seitens der Regierung Guatemalas durch Öffentlichkeitsarbeit und finanzielle Mittel unterstützen. Diese Unterstützung umfaßt sämtliche Formen des Widerstandes sowohl innerhalb als auch außerhalb des FDCR (Demokratische Front gegen die Repression: Zusammenschluß von Arbeiter- und Bauernorganisationen, Studentenorganisationen, christlichen Basisgruppen und zwei sozialdemokratisch orientierten Parteien). In diesem Sinne unterstützen die Guatemala-Gruppen in der BRD auch die uns oft unverständlichen Widerstandsformen der Bevölkerungsmehrheit Guatemalas, der Indianer, die seit Jahrhunderten ihre Kultur bewahrt haben und ohne die eine Befreiung Guatemalas nicht möglich ist.
- Die Solidaritätsbewegung für das Volk von Guatemala in der BRD ist von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen unabhängig. Sie unterstützt den von der Mehrheit des guatemalteckischen Volkes gewählten Weg zu seiner Befreiung und Selbstbestimmung. Die Guatemala-Gruppen in der BRD sind autonom und entscheiden eigenverantwortlich nach den konkreten Bedingungen über den Charakter ihrer Solidaritätsarbeit.
- Zur Verbesserung der Solidaritätsarbeit wurde eine zentrale Informationsstelle gegründet, die folgende Aufgaben hat: Koordination der politischen Arbeit; Kontakt unter den Gruppen; kontinuierlicher Kontakt nach Guatemala.
- Die Solidaritätsbewegung für Guatemala arbeitet mit den Solidaritätsbewegungen für die Völker von Nicaragua und El Salvador zusammen.
- Seit November 1979 organisiert sich eine Solidaritätsbewegung für Guatemala auf europäischer Ebene.

INFORMATIONSTELLE GUATEMALA  
Koordination der Solidaritätsarbeit  
für das Volk von Guatemala in der BRD  
Friedrichstr. 25

8000 München 40

## Peru Solidarität

Im Herbst letzten Jahres berichteten wir über den Streik der peruanischen Lehrer und baten die deutschen Kollegen um Solidarität. Aufgrund der kompromisslos harten Haltung der Militärregierung und der ausgewogenen materiellen Situation der Lehrer, mußte der Streik erfolglos abgebrochen werden. Die verhafteten Lehrer konnten erst zu Weihnachten zu ihren Familien zurückkehren. Mehr als 5 000 der politisch aktivsten Lehrer sind entlassen und ohne Einkommen. Hierzu führte das Peru-Komitee Berlin zusammen mit der GEW Berlin eine Solidaritätsveranstaltung für die streikenden Lehrer durch, die im Haus der Kirche (Goethe-Str.) am 14.12.79 stattfand. Nachfolgend zitieren wir einen Brief, den das Peru-Komitee Berlin von der peruanischen Lehrgewerkschaft SUTEP erhielt, in dem den deutschen Kollegen für ihre Solidarität gedankt wird. Allein über das Berliner Konto des Peru-Komitees gingen 5 000,- DM nach Peru.

An die Lehrgewerkschaft Berlin - Deutschland

Hiermit richten wir uns an Sie, um Ihnen unsere herzlichen und solidarischen Grüße im Namen des Exekutivkomitees der SUTEP, III Reg. auszurichten und folgendes zu bestätigen:

Die solidarische Hilfe, die uns während unserem 120 Tage andauernden Streik von Euch zugekommen ist, war uns eine wertvolle Hilfe zur Unterstützung unseres Kampfes, um uns nicht alleine zu fühlen gegenüber unserem Feind: der Militärdiktatur.

Diese Hilfe manifestierte sich in der permanenten Verbreitung von Informationen in Ihrem Land über die Vorkommnisse im Streikverlauf und Ihre Unterstützung durch: einen Brief, gerichtet an den Präsidenten Morales Bermúdez für die Erfüllung unserer Forderungen unterzeichnet von hunderten von deutschen Lehrern, Veröffentlichungen zum Verlauf unseres Streiks in der internationalen Presse und nicht zuletzt der Überweisung von Geldern, um den verhafteten und entlassenen Mitgliedern der SUTEP auch finanziell zu helfen.

Die von der Militärregierung entfesselte Repression hat das Leben von Lehrern, Eltern und Schülern gefordert und zur Entlassung von tausenden von Kollegen geführt; viel von ihnen werden aufgrund ihres Einsatzes für den Kampf der SUTEP im Gefängnis festgehalten; deswegen spricht unsere Organisation ihre solidarische Anerkennung und ihren herzlichen Dank für jegliche Hilfe und Unterstützung, die wir von Euch erhalten haben, aus.

FÜR DEN ERFOLG DER KÄMPFENDEN LEHRER ZUGUNSTEN DES PERUANISCHEN VOLKS !

## Argentinien-BRD

Am 24. März jährt sich zum 4. Mal der Tag des argentinischen Militärputsches. Fast parallel zu diesem Datum wird die Menschenrechtskommission der UNO in Genf das Thema der Menschenrechtsverletzungen in Argentinien behandeln. In dieser Kommission sind 43 Staaten vertreten, darunter Argentinien und die Bundesrepublik Deutschland. Es ist zu hoffen, daß die Haltung der bundesdeutschen Delegierten nicht der ähneht, die die Vertreter der SPD-Menschenrechts-Arbeitsgruppe nach ihrer Reise nach Argentinien und Uruguay einnahmen. (Vgl. LN 77) Die Presseerklärung der drei SPD-MdB (vgl. den Wortlaut der Erklärung in diesem Heft) wird unterdessen von dem argentinischen Botschafter in Bonn als Beweis für seine verharmlosende Darstellung der Verbrechen der Militärjunta angeführt (vgl. die Pressemitteilung über ein Gespräch mit dem Botschafter in diesem Heft). Willy Brandt wurde deshalb dazu aufgefordert, sich in der SPD für eine Revision dieser offiziellen Presseerklärung der sozialdemokratischen Parlamentarier einzusetzen oder doch zumindest dafür zu sorgen, daß die SPD eine klare Stellungnahme zu der Politik der Militärjunta abgibt (vgl. den Offenen Brief an Brandt in diesem Heft).

### Weizen gegen Menschenrechte

Ende Januar dieses Jahres besuchte General Andrew Jackson Goodpaster - er war General in Vietnam und ist heute Kommandant der US-amerikanischen Elite-Militärakademie West Point - Argentinien. Eines der Ziele seiner Reise war, die argentinische Junta davon abzuhalten das Weizenembargo der USA gegen die UdSSR zu unterlaufen (vgl. LN 73). Wie nicht anders zu erwarten, nutzte das Militärregime diese Situation aus, um für sich politischen Profit herauszuschlagen. Es kam denn auch zu einem politischen Tauschgeschäft: Argentinien wird der Sowjetunion nicht mehr Weizen liefern als bereits vertraglich vereinbart wurde, und die USA werden der Junta nicht mehr mit Carters Menschenrechtsprüchen auf die Nerven fallen. Originalton Goodpaster: "Die Prioritäten der Außenpolitik ändern sich. Es sind nicht immer die gleichen. Die Regierung von Präsident Carter weiß genau, daß die heutige Priorität das sowjetische Vordringen in strategischen Zonen der Welt ist. Andere Themen, die früher vorrangig zu sein schienen, sind jetzt in den Hintergrund getreten." (Clarín, Buenos Aires 22. bis 23.1.80). Die Zeitschrift Clarín weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die jährliche Untersuchung des US-Kongresses zur Lage der Menschenrechte in der Welt Argentinien "bemerkenswerte Fortschritte" bescheinigt; außerdem seien einige Absätze, in denen über die Menschenrechtsverletzungen in der jüngsten Vergangenheit berichtet wurde, aus dem Dokument zurückgezogen worden.

Anzeige in LE MONDE im November 1979

Gemeinsam mit den Familien, die das Drama des Verschwindens ihrer Angehörigen ertragen müssen,

### Fordern wir Wahrheit und Gerechtigkeit

Vor kurzem hat die argentinische Militärregierung das Gesetz Nr. 22.068 verabschiedet. Damit soll denen eine endgültige Antwort gegeben werden, die wegen des Verschwindens eines oder mehrerer Angehöriger Fragen stellen.

Dieses Gesetz sieht vor, daß die verschwundenen Personen öffentlich von einem Gericht aufgefordert werden sich zu melden; wenn keine Antwort erfolgt, werden sie für "wahrscheinlich tot" erklärt. Dieses juristische Manöver der gegenwärtigen Regierung ist weit davon entfernt, eine Lösung für das Drama, das tausende argentinischer Familien durchleben, zu sein, sondern stellt im Gegenteil den legalen Rahmen für den Beginn eines neuen Massakers dar.

Wir weigern uns, dieses Gesetz als eine akzeptable Antwort anzusehen und erklären hiermit in tiefer Besorgnis über die systematische Verletzung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten in Argentinien unseren Protest; wir erneuern eindringlich unsere Forderungen:

- Veröffentlichung einer vollständigen Liste aller verschwundenen Bürger
- offizielle Bekanntgabe aller Orte, an denen Verschwundene festgehalten werden; Öffnung dieser Lager für internationale Organisationen
- Beendigung der Folterungen
- Respektierung der Menschenrechte, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Wiederherstellung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten, Rückkehr zur verfassungsmäßigen Legalität

ÖSTERREICH: Walter Hacker, Sozialistische Partei Österreich

SPANIEN: José Francisco de Carbajal, PSOE; Santiago Carrillo, KP

FRANKREICH: Michel Crepeu, Mouvement des radicaux de gauche; François Mitterand, Sozialistische Partei; Bernard Stasi, Vize-präsident der Nationalversammlung

ITALIEN: Enrico Berlinguer, KP; Bettino Craxi, Sozialistische Partei; Jean Fabre, Radikale Partei; Carlo Galanté Garrone, unabhängige Linke; Luigi Anderlini, unabhängige Linke; Luigi Longo, Sozialdemokratische Partei; Lucio Magri, Demokratische Partei der proletarischen Einheit; Giovanni Spadolini, Republikanische Partei; Enrico Zaccagnini, Christdemokratische Partei

GRIECHENLAND: Andreas Papandreou, Panhellenische Sozialistische Bewegung

NIEDERLANDE: Joop den Uyl, Arbeiterpartei; Hek Hoekstra, KP; Hen Harbers, Pazifistische Partei; Michel van de Kastelen, Radikale Partei

GROSSBRITANNIEN: Lord Averbury, Liberale Partei; Ron Heyward, Labour Party; Gordon Mac Lennan, KP; Gordon Wilson, Scottish National Party; Dafyd Williams, Welsh National Party

SCHWEIZ: Helmut Hubacher, Sozialistische Partei

## SPD und Menschenrechte

1098

INFORMATIONEN  
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN  
BUNDESTAGSFRAKTION

8. November 1979  
Hs/Ka

Betr.: Argentinien/Uruguay

Nach der Rückkehr von einer Informationsreise nach Argentinien und Uruguay erklären die sozialdemokratischen Bundestagsangeordneten Dr. Wilfried Penner, Horst Jungmann und Eckart Kuhlwein:

Die gegenwärtige politische Lage in Argentinien und Uruguay ist nur erklärbar auf dem Hintergrund einer bedrängten innenpolitischen Situation vor Übernahme der politischen Macht durch das Militär. Besonders der Terrorismus hat beide Länder schwer erschüttert. Bei der notwendigen Bekämpfung von terroristischer Gewaltkriminalität hat es Erfolge gegeben. Die Wiedergewinnung der inneren Sicherheit ist jedoch teuer bezahlt worden. Es sind Übergriffe und Entgleisungen passiert, die auch unter Berücksichtigung schwieriger innenpolitischer Umstände elementaren rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechen. Über Jahre sich ohne rechtfertigenden Grund hinziehende Verfahren gehören ebenso dazu wie Folterungen und - in Argentinien - das Verschwinden von Personen. Nach unserer Einschätzung bestimmen diese innenpolitischen Ereignisse auch die Qualität der politischen Beziehungen der Bundesrepublik zu diesen Ländern. Dies umso mehr, wenn Schutzinteressen gegenüber deutschen Staatsangehörigen berührt sind.

Die Rückkehr beider Staaten zur Demokratie erscheint möglich. Nach unserem Eindruck gilt dies besonders für Uruguay. Dieses Land hat eine sehr lange demokratische und liberale Tradition. Diese Strukturen sind auch durch die Ereignisse der letzten Jahre entscheidend nicht verändert worden.

Nach unseren Erkenntnissen sollte jedes Engagement für die Betroffenen die Möglichkeit der Verwirklichung ihrer Interessen im Auge haben. Eine gewisse Zurückhaltung in der Öffentlichkeit kann dabei hilfreich sein.

Eine Kommentierung dieser Erklärung von SPD-Menschenrechts"experten" erübrigt sich wohl! Es wäre zu hoffen, daß sich die drei Parlamentarier schleunigst zu einer Richtigstellung bereitfinden - oder soll man annehmen, daß sie sich willentlich als Public-Relations-Agenten der argentinischen Militärdiktatur benutzen lassen?!

(vgl. auch "Schwafel, Schwafel" in LN 77)

## Gespräch mit dem argentinischen Botschafter

ARCO - Argentiniencoordination der Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin

PRESSEMITTEILUNG

Anlässlich unseres am 21.1.1980 stattgefundenen Gesprächs mit dem argentinischen Botschafter, Herrn Dr. Roberto Guyer, geben wir folgende Erklärung ab:

Wir haben Herrn Dr. Guyer drei Petitionen übergeben:

1. Petition gegen das Toterklärungsgesetz Nr. 22.068 vom August 1979. Diese Petition ist von über 900 Professoren und Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnet worden. (vgl. LN 74)
2. Petition von amnesty international zugunsten von 20 verschwundenen Psychologen und Psychiatern in Argentinien, die von 3.181 Ärzten, Psychologen, Professoren usw. unterzeichnet wurde.
3. Petition zu Aufklärung des Schicksals von 53 verschwundenen schwangeren Frauen und 98 Kindern mit weiteren 510 Unterschriften. (vgl. den Wortlaut in diesem Heft). Diese Petition wurde zum neunten Mal überreicht, ohne daß uns bisher über die von uns betreuten Fälle die versprochene Auskunft gegeben wurde. Auch der argentinische Botschafter hat leider keine Angaben gemacht. Von Eltern und Großeltern in Argentinien wissen wir, daß auch diese engsten Angehörigen bis heute keine Nachricht über das Schicksal der Verschleppten haben. Wir befürchten, daß diese Personen in geheimen Gefängnissen zurückgehalten werden bzw. inzwischen ermordet wurden. Der Botschafter verwies auf die Menschenrechtsuntersuchungen zu Argentinien durch die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vom September 1979. (vgl. LN 74, 75) Es gäbe aus zahlreichen Ländern eine Vielzahl von Anfragen nach Verschundenenschicksalen. Die argentinische Regierung sähe sich außerstande, darauf in Einzelheiten zu antworten. Alle Anfragen nach dem Verbleib von Verschundenen seien angeblich mit der OAS-Kommission besprochen worden. Eine Klärung stehe noch aus.

Zur allgemeinen Situation in Argentinien berief sich der Botschafter auf Äußerungen der SPD-Bundestagsabgeordneten Jungmann, Kuhlwein und Penner, die nach einer kürzlichen Informationsreise durch Argentinien Verständnis dafür geäußert hätten, daß im Zuge eines Bürgerkrieges große Opfer in Form von Verschundenen, Folterungen und unfairen Gerichtsverhandlungen zu beklagen sind. Der Botschafter berief sogar die Abgeordneten als Zeugen für eine angebliche Besserung und Liberalisierung der Gesamtsituation in Argentinien.

Nach unseren Erkenntnissen, die sich auf Berichte von Argentinern stützen, gibt es zur Zeit keinerlei Anhaltspunkte für eine solche "Liberalisierung" - im Gegenteil. Wir protestieren aufs Schärfste dagegen, daß die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien auf so eklatante Weise verharmlost werden.

An den  
Botschafter der Republik Argentinien  
Herrn Dr. Robert E. Guyer  
Adenauerallee 50 - 5?  
5300 Bonn 1

PETITION

Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der argentinischen Frauen, die bis zum 21.12.1978 jeden Donnerstag auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires demonstrieren und Aufklärung über das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen gefordert haben.

Nach der brutalen Niederschlagung der letzten Demonstration im Dezember 78 bei der 40 Frauen festgenommen und viele verletzt wurden, kämpfen diese trotz des Verbots ihrer Versammlungen auch weiterhin darum, von der argentinischen Junta Auskunft über den Verbleib ihrer Angehörigen zu erhalten.

WIR UNTERSTÜTZEN DIE FORDERUNGEN DER ARGENTINISCHEN FRAUEN UND VERLANGEN:

- Freiheit für die 10.000 politischen Gefangenen und die sofortige Aufklärung über das Schicksal der 15.000 bis 20.000 Verschwundenen;
- Veröffentlichung der vollständigen Liste der Verhafteten, Entführten und Ermordeten;
- Freien Zugang zu den Konzentrationslagern für international anerkannte Organisationen;
- Sofortige Ausreisemöglichkeit für die 500 politischen Gefangenen, deren Aufnahme die Bundesregierung zugesagt hat;
- Einhaltung des in Art. 23 der argentinischen Verfassung garantierten Optionsrechts (Recht des ohne Anklage Inhaftierten, das Land zu verlassen, wenn er das Visum für ein Aufnahmeland besitzt);
- Freie Rückkehr der über 300.000 politisch Exilierten;
- Aufhebung des Hausarrests, der mit lebensbedrohendem Risiko verbunden ist. (Der unter Hausarrest Stehende ist verpflichtet, sich einmal wöchentlich polizeilich zu melden und gezwungen, alleine durch verlassene Straßen zu gehen, wobei er Gefahr läuft, entführt oder ermordet zu werden.);
- Rückgabe der Gewerkschaften an die Arbeiter und Wiederherstellung der außer Kraft gesetzten Arbeitsgesetze;
- Volle Wiederherstellung der nationalen Verfassung, freie Betätigung der politischen Parteien und demokratische Wahlen ohne Einschränkungen.

Insbesondere verlangen wir Auskunft über den Verbleib der auf der beigefügten List aufgeführten Personen (98 Kinder und Jugendliche im Alter von 2 - 18 Jahren sowie 53 schwangere Frauen), die nach Angabe ihrer Angehörigen von den argentinischen Ordnungskräften entführt wurden.

Wir fordern mit aller Entschiedenheit Auskunft darüber, ob diese Frauen und Kinder noch leben und wo sie festgehalten werden. Wir fordern die rasche Erfüllung der uns am 21.6.1979 über die argentinische Botschaft in der BRD gegebene Zusicherung, jeden Fall unserer Liste einzeln zu überprüfen.

KINDERHILFE LATEINAMERIKA

*Offener Brief an Willy Brandt*

An den  
Vorsitzenden der  
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Herrn Willy Brandt

53 Bonn  
Bundeshaus

Köln, 1.2.1980

Betr.: Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf, Feb. 80/  
Argentinien

Sehr geehrter Herr Brandt,

wir hatten Ihnen im September vorigen Jahres unsere Petition an den argentinischen Botschafter zum Thema Menschenrechtsverletzungen in Argentinien übergeben. Mit dem Brief vom 19.9.1979 ließen Sie uns daraufhin durch Herrn Dingels mitteilen, daß man unser Anliegen "deutlich und unmißverständlich" unterstütze und daß man beim argentinischen Botschafter auf eine zufriedenstellende Antwort drängen werde.

Eine solche Antwort ist bislang noch nicht erteilt worden. Im Gegenteil, eine SPD-Presseerklärung wird inzwischen vom argentinischen Botschafter dazu benutzt, das Vorgehen der Militärdiktatur herunterzuspielen und zu rechtfertigen.

Am 4. Februar beginnt in Genf eine Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, auf der u.a. über die Mißachtung der Menschenrechte in Argentinien durch die Militärdiktatur des Generals Videla beraten wird.

Durch glaubhafte Quellen haben wir erfahren, daß die Delegation der obengenannten Diktatur plant, bei dieser Gelegenheit die Presseerklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten des Bundestages Penner, Jungmann und Kuhlwein vom 8.11.79 zur Entlastung anzuführen. Die drei Abgeordneten haben nach der Rückkehr von einer Reise nach Buenos Aires und Montevideo eine Erklärung abgegeben, in der die brutale faschistische Repression gerechtfertigt und das Drama Argentinens auf einen bloßen Kampf gegen den Terrorismus reduziert wird.

Diese Erklärung der drei Abgeordneten ist von dem argentinischen Botschafter in Bonn, Dr. Roberto Guyer, gegenüber Vertretern von Amnesty International, der Evangelischen Kirche und der Kinderhilfe Lateinamerika bei einem Gespräch am 21.1.1980 benutzt worden. Er schützte die genannte Erklärung vor, um die Folter, den Mord, die willkürlichen Festnahmen und die Vertreibung ins Exil von Tausenden von Kindern, Frauen und Männern als normal erscheinen zu lassen.

Sie, verehrter Herr Brandt, haben im "Vorwärts" vom 27.9.79 folgendes geschrieben: "Wir deutschen und europäischen Sozialdemokraten haben Konzentrationslager und Folterkeller in Chile, Argentinien und Uruguay nicht vergessen."

Es wäre folglich sehr traurig, wenn jetzt eine Erklärung dreier Abgeordneter Ihrer Partei von der argentinischen Diktatur zu dem Versuch benutzt werden könnte, die Vergehen gegen die Menschlichkeit in Argentinien zu decken.

Daher bitten wir Sie um eine deutliche Stellungnahme seitens der SPD in dem Sinne, daß die Erklärungen der Herren Penner, Kuhlwein und Jungmann nicht geteilt werden oder in der zumindest klargestellt wird, welche Position die Sozialdemokraten zur Frage der Menschenrechtsverletzungen in Argentinien einnehmen. Wir bitten Sie weiter, sich dafür einzusetzen, daß die drei Abgeordneten an die UN-Menschenrechtskommission in Genf eine eindeutige Stellungnahme schicken, durch die die bedauerliche Presseerklärung vom 8.11.1979 richtiggestellt wird.

Das Schicksal tausender politischer Gefangener, Verschwundener, Gefolterter und Exilierter macht ein deutliches Wort der deutschen Sozialdemokratie notwendig.

Hochachtungsvoll

KINDERHILFE LATEINAMERIKA

### Aktion zum Jahrestag des Putsches

Aus Anlaß des Jahrestages des Militärputsches in Argentinien am 24. März 1976 hat die Koordination der Argentiniergruppen in der BRD und West-Berlin folgende Aktionen beschlossen:

#### 1) PRESSEKONFERENZ am Freitag, 21.3., 11 Uhr in Bonn / Tulpenfeld

Auf dieser Pressekonferenz soll eine gemeinsame Erklärung der an der Kampagne beteiligten Gruppen abgegeben werden. Außerdem sollen alle Referenten der für den Samstag vorgesehenen Veranstaltung - soweit sie schon in Bonn sind - Beiträge halten.

Themen: Die Situation in Argentinien, Informationen über die Kampagne.

Die Presseerklärung wird von der ARCO entworfen und vorher an die Gruppen geschickt. Die Ila (Informationsstelle Lateinamerika, Bonn) übernimmt die Verteilung im März an die überregionale Presse. Die Gruppen sollten zusätzlich entsprechende Informationen über die im März geplanten Aktionen an die Lokalpresse geben.

#### 2) ZENTRALE DEMONSTRATION am Samstag, 22.3., 13 Uhr in Bonn

Um eine möglichst große Teilnahme zu erreichen, sollten am Samstag keine Parallelaktionen in anderen Städten organisiert werden, sondern möglichst alle nach Bonn kommen (evtl. können von den Gruppen Busse organisiert werden!). Nähere Angaben zur Demo folgen in einem Rundbrief.

#### 3) VERANSTALTUNG am Samstag, 22.3., 16 Uhr in Bonn

Vorgesehene Teilnehmer:

- eine der Frauen, die auf einer Pressekonferenz in Paris über die geheimen KZs der ESMA berichtet haben (alternativ eine der Madres de la Plaza de Mayo aus Rom)
- SPD, CDU, FDP und Grüne sowie ARCO
- Vertreter der FSLN (bereits zugesagt)
- ein Vertreter von Amnesty International
- ein Vertreter der argentinischen Flüchtlinge in der BRD und eine Musikgruppe oder ein Sänger

Die Veranstaltung wird von allen anwesenden Gruppen getragen und finanziert.

#### 4) MAHNWACHE am Montag, 24.3. vor der argentinischen Botschaft in

Bonn und möglichst auch vor den argentinischen Konsulaten

Alle Gruppen die derartige Mahnwachen organisieren können, sollen sich bitte mit der ARCO (c/o Kinderhilfe Lateinamerika, Siebengebirgsallee 29, 5 Köln 41; Tel.: 0221/441541) in Verbindung setzen.

#### 5) PROTESTNOTE UND PETITION

Übergabe einer gemeinsamen Protestnote am 24.3. in der Botschaft, durch höchstmögliche Vertreter von ai und Kirchen in Anwesenheit von Journalisten. Wird von ARCO entworfen und vorher rumgeschickt. Wir bitten alle Gruppen um Unterzeichnung und das Sammeln weiterer Unterschriften anderer Organisationen / Gruppen und Personen des öffentlichen Lebens.

Gleichzeitig soll dem Bundesinnenministerium und den Ministerpräsidenten der Länder eine Petition der argentinischen Flüchtlingen in der BRD und anderer Gruppen übergeben werden, in der die Forderung nach zügiger Aufnahme von Argentinern erneuert wird.

#### 6) LOKALE AKTIONEN am Montag, 24.3.

In möglichst vielen Städten sollten Gottesdienste (evtl. ökumenische) stattfinden mit dem Thema: Verschwundene in Argentinien. Ein Entwurf wird vorbereitet und ab 7. März auf Anfrage verschickt. Wir schlagen Euch vor, wenn Ihr nicht schon etwas anderes geplant habt, auch die Form eines Gottesdienstes zu wählen, da wir es in bezug auf die Wirkung in der Öffentlichkeit und in der Presse für besser halten, wenn einheitliche oder ähnliche Veranstaltungen angekündigt werden können, als wenn überall völlig verschiedene Veranstaltungen ablaufen.

#### SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG IN BERLIN

Am DONNERSTAG, 20.3. um 19 Uhr in der Alten Mensa der TU Osvaldo Bayer (argentinischer Schriftsteller und Journalist) spricht über die Beziehungen zwischen Argentinien und der BRD; Vertreter der argentinischen Menschenrechtsorganisation CADHU und der Mütter der Plaza de Mayo berichten über ihre Erfahrungen; der ehemalige politische Gefangene Nino, der jetzt in Berlin im Exil lebt, berichtet von seiner dreijährigen Gefängenschaft; die Anti-AKW-Gruppe Moabit bringt einen Beitrag zum Atomgeschäft der KWU mit Argentinien.

Außerdem gibt es Musik sowie Essen und Trinken.

### Aktion zur Tagung der Menschenrechtskommission

In Zusammenhang mit der Tagung der Menschenrechtskommission der UNO in Genf wurden folgende Aktionen beschlossen:

1) FRIEDENSPREIS FÜR DIE MÜTTER DER PLAZA DE MAYO am 10. März  
in Bonn

Aus Gründen der publizistischen Wirkung für die Argentinien-Kampagne soll die Übergabe in Bonn und nicht in Genf stattfinden. Es wurden vorgeschlagen: a) eine Pressekonferenz und / oder feierliche Verleihung in einer Kirche. Teilnehmer: eine bekannte Persönlichkeit zur Übergabe des Preises; die Gruppen und Personen, die den Preis gestiftet haben; Vertreterinnen der Mütter (aus Rom); eine Musikgruppe oder ein Sänger.

2) OFFENER BRIEF AN DIE SPD UND DIE FDP

Es sollen offene Briefe an die SPD und FDP geschrieben werden. Eine Vorlage wird von APCO rumgeschickt. Wichtig: alle Gruppen sollten ähnliche Briefe (mit Bezug auf die SPD-Presseerklärung und das Gespräch mit dem argentinischen Botschafter sowie die Tagung der UN-Menschenrechtskommission) schreiben, vor allem an den SPD-Parteivorstand und die drei Abgeordneten der Menschenrechtsarbeitsgruppe der SPD (Penner, Jungmann und Kuhlwein) mit einer Kopie an ARCO. Parallel dazu sollten sich die Gruppen dafür einsetzen, daß örtliche SPD-Organisationen, Jusos, Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen etc. ebenfalls etwas in dieser Angelegenheit unternehmen.



## ARGENTINIEN '80

Informationen

Analysen

Berichte



Loseblattsammlung  
Materialien für

Unterricht und Bildungsarbeit

zu beziehen bei:

EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE ESSEN  
Universitätsstraße 2

4300 ESSEN

Preis: 3.-

Berichte, Tatsachen, Hintergründe! Die bringt es monatlich... **HEZ**



HEZ-EINE ZEITUNG VON UND FÜR ERZIEHER/INNEN UND SOZIALARBEITER/INNEN. C/O ZEITUNGSCOOP. EISENBAHNSTRASSE 4 1000 BERLIN 36 TEL. 6123037 (MONTAGS AB 19.00 UHR) JAHRESABO. DM 36,- ERMÄß. DM 30,- ZUSENDUNG NACH ERHALT DER ZAHLUNG AN: L. ERFURTH, PSCHA BLN.W., SONDERKONTO Z, NR. 720 65 - 102.

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika (ila) Bonn

# ila-info

5. Jahrgang • Nummer 32 • Januar 1980 • Einzelpreis DM 1,50



peinlich für die herrschenden, informativ für schüler, lehrer, studenten, dritte-welt-gruppen und für DICH

---ila-info erscheint 10 x jährlich mit berichten und analysen über lateinamerika und die solidaritätsbewegung---abonnementspreis dm 20,00 im jahr---zu beziehen bei der ila, römerstr. 88, 5300 bonn tel. 02221/65 86 13---

# MEXICO



aktuelle frauenzeitung  
**COURAGE**  
Bleibtreustraße 48, 1000 Berlin 12 Tel. 030/883 65 29 und 883 65 69

ALLE ABONNEMENT-BESTELLUNGEN BIS ZUM 29. FEBRUAR NOCH ZUM ALTEN PREIS!

12 Hefte DM 36,-

6 Hefte DM 18,-

Auslandsabo: DM 21,- bzw 42,-